

Zwangsarbeit für Deutsche — eine Hundstagskomödie

Kamerad Kossahl begrüßte den Verbandstag im Namen der schlesischen Kameraden, die in großer Zahl an der Eröffnungsfeier teilnahmen.

Kamerad August Schmidt führte in seiner Eröffnungsrede aus:

Hochverehrte Versammlung! Werte Kameraden! Im Namen des Vorstandes des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands heiße ich die Delegierten unseres Verbandes, welche aus allen Revieren des Deutschen Reiches nach hier gekommen sind, um an der Tagung der 27. Generalversammlung teilzunehmen, herzlich willkommen. Ebenso herzlich willkommen heiße ich auch die Gäste, die zu unserer Generalversammlung erschienen sind. Vom internationalen Bergarbeiterverband ist unser alter Kamerad De Jardin, vom belgischen Bergarbeiterverband Kamerad Dethier, als Vertreter der Bergarbeiter Frankreichs Kamerad Bard, von Holland Kamerad Rappange, für die Bergarbeiter der Tschechoslowakei Kamerad Bohl erschienen. Sie alle sind uns alte Bekannte und haben schon zum wiederholten Male an unserer Generalversammlung teilgenommen. Wir freuen uns, sie auf dieser Tagung wiederzusehen.

Als Vertreter des ADGB sehen wir in unserer Mitte den Vorsitzenden desselben, Hermann Müller, dem die Verhältnisse in dem größten der deutschen Kohlenreviere aus seiner Tätigkeit nicht unbekannt sind. Hermann Müller war längere Jahre in seiner Eigenschaft als Arbeitersekretär in Bochum tätig. Ich begrüße ihn insbesondere in unserer Mitte aufs herzlichste, ebenso den Kameraden Peters vom Bund der technischen Angestellten und Beamten, diesen als Beweis dafür, wie eng unser Verband mit dem Verband der Angestellten und Beamten verbunden ist.

Ich begrüße weiter den Vertreter der Stadtverwaltung, in deren Mauern wir augenblicklich tagen, sowie auch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien. Breslau ist eine alte historische Stadt. Auch eine alte Stadt für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Vor etwa 100 Jahren war Breslau die Geburtsstadt Ferdinand Lassalles. In stürmischen Zeiten hat die Breslauer Arbeiterbewegung ihren Mann gefunden. Nicht weit von dieser Stadt, in der Provinz Schlesien, sind fast hunderttausend Bergarbeiter tätig. Aber mit Breslau verbindet uns auch noch die Tatsache, daß Schlesien heute das östliche Grenzgebiet darstellt, in dem sich wirtschaftliche und Handelsfragen stark widerspiegeln. An dem Schicksal Breslaus und der Provinz Schlesien sind wir, die Bergarbeiter, stark mitinteressiert.

Ich begrüße auch die Herren Vertreter der Bergbehörde, den Herrn Professor Dr. Seelbach als Leiter der gewerkschaftlichen Bildungsschule in Bernau und unseren altbekannten Kameraden Georg Werner.

Sie alle seien nochmals in unserer Mitte herzlich willkommen zu dieser Tagung.

Ich danke auch den beiden Vorrednern für die herzlichen Begrüßungsworte und hoffe, daß alles das in Erfüllung gehen möge, was Sie von dieser Tagung erhoffen.

Sehr geehrte Versammlung! Wir tagen in einer sehr schweren Zeit, in der als einziger Lichtstrahl die vor einigen Wochen erfolgte Rheinlandbefreiung fiel. Das Rheinland ist endlich nach zwölf langen Jahren von der fremden Besatzung geräumt worden. Wenn die Geschichte des Rheinlandes und des Westens mal geschrieben wird, dann wird sie nicht die Tatsache unberücksichtigt lassen können, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in den schwersten Zeiten die sicherste Stütze der deutschen Republik gewesen sind. Es ist unsere Arbeit mit, daß das Rheinland endlich frei geworden ist. Die Arbeiterorganisationen haben eine Politik der Verständigung von jeher vertreten und schon während der Kriegszeit diese Verständigung verlangt. Noch aber ist die Saar nicht frei. Wir fühlen recht stark mit unseren Kameraden an der Saar angesichts der jetzt durchgeführten Räumung des Rheinlandes. Die nächste Aufgabe aller muß sein, auch das Saarrevier wieder in seine alten Rechte zu bringen, wobei die Saargruben an diejenigen zurückzuführen sind, deren Eigentum sie waren, und zwar an den preussischen und bayerischen Staat. Daß das sehr bald geschieht, ist unser sehnlichster Wunsch.

Die Zeit, in der wir augenblicklich leben, ist äußerst schwieriger Natur. Die Wirtschaftskrise hat mit voller Macht seit längerer Zeit den Bergbau erfaßt. Abwärtswendungen in erheblichem Umfang ist in allen Revieren und Bergbauarten vorhanden. Dazu Feuerschichten, Betriebsstilllegungen, Entlassungen in ganz erheblichem Umfang. Noch ist kein Lichtstrahl zu sehen, der dem Einhalt gebietet. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier sind vom 1. Januar bis einschließlich Juni 4 829 731 Feuerschichten zu verzeichnen, was einem Gesamtverdienstausfall von 43 467 579 M. gleichkommt. Die Belegschaftszahl hat sich in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich Mai 1930 von 383 478 Mann auf 346 608 Mann oder um 36 870 Arbeiter verringert. Im Juni d. J. dürfte eine weitere Verminderung der Belegschaftsziffer eingetreten sein. Die gleichen Verhältnisse finden wir in Oberschlesien. Hier sind von Januar bis einschließlich Mai nach amtlichen Ziffern 814 000 Feuerschichten wegen Mangels an Absatz zu verzeichnen.

So sieht es aber fast gleichmäßig in allen Revieren und Bergbauarten aus. Und in dieser Zeit, in der das Einkommen des Arbeiters auf das niedrigste Maß gesunken und die Not der deutschen Arbeitnehmer an größten ist, fordern die Unternehmer Lohnabbau. Um das aber der Arbeiterschaft und der mit ihr sympathisierenden Bevölkerung schmackhaft zu machen, verbinden die Unternehmer den Lohnabbau mit sogenanntem Preisabbau. Kein Bergarbeiter glaubt noch diesen Sirenenangängen der Unternehmer, auch nicht den Worten der Reichsregierung, die sich unter Führung des christlichen Gewerkschafters Stegerwald dem Ruf der Unternehmer angeschlossen hat. Mit einem Preisabbau sind die Bergarbeiter einverstanden. Wenn das die Unternehmer des Bergbaues wollen, dann hindern wir sie ganz gewiß nicht daran. Aber der Lohnabbau ist gemeint und der Preisabbau ist Theorie. Die Metallarbeiter der Metallgruppe Nord-West, denen der Schiedsspruch von Dognhausen einen Lohnabbau diktierte, lebe! ebensowenig wie die Bergarbeiter von Eisen oder Kohle, sondern sie gebrauchen Lebensmittel und Bedarfsartikel. Eine Preislenkung müßte sich also zuallererst auf diese Artikel beziehen. Hier hat wirklich die Reichsregierung unter Stegerwalds Führung ein weites Betätigungsgebiet, ebenso die Unternehmer. In diesen Fragen kann noch sehr viel getan werden, um die Ware vom Produzenten bis zum Verbraucher ganz erheblich zu verbilligen.

Man komme uns nicht damit, daß der Bergbau als Rohstoffindustrie mit dem Abbau vorangehen müsse. Darauf werden die Bergarbeiter sich nie einlassen. Jeder Versuch, den Lohn im Bergbau zu kürzen, stößt auf den stärksten Widerstand der Bergarbeiter und des Verbandes. Das sei zunächst denen gegenüber gesagt, die da glauben, im Bergbau mit dem Gedanken des Lohnabbaues spielen zu können. Will man aus der Wirtschaftskrise heraus, dann wird es Zeit, daß man die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung stärkt. Das geschieht am zweckmäßigsten durch Senkung der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise.

Die Internationale Arbeitskonferenz hat sich in ihrer letzten Tagung mit der Frage der Zwangs- oder Pflichtarbeit beschäftigt. Die in Kolonien übliche Zwangsarbeit ist mit modernen Anschauungen unverträglich, ihre Beseitigung oder humane Regelung während einer Uebergangszeit begegnet kaum einem nennenswerten Widerspruch. Der Fragebogen zu dieser Frage wie die Antworten der Regierungen lassen aber auch keinen Zweifel darüber, daß mindestens auch im eigenen Lande zu dieser Frage das gelten muß, was man für die Kolonien als Notwendigkeit ansieht. Einige Kolonialmächte, besonders Portugal, haben Uebergangszeiten in der Frage der Abschaffung der Zwangsarbeit verlangt. Sonst herrschte in den Antworten der Regierungen große Einmütigkeit.

Die deutsche Regierung beantwortete die Frage, ob ein internationales Uebereinkommen zur Beseitigung „der Zwangs- oder Pflichtarbeit“ in allen ihren Formen“ erforderlich sei, mit einem glatten Ja. Sie erklärte sich ausdrücklich einverstanden mit der Begriffsbestimmung:

„Unter Zwangs- oder Pflichtarbeit wird jede Arbeit verstanden, die vom betreffenden Arbeiter nicht freiwillig geleistet, sondern unter Androhung einer Strafe erzwungen wird.“

Daß man an eine allgemeine Geltung der Grundsätze über Zwangsarbeit dachte, geht hervor aus den Fragen und Antworten, die notwendige Ausnahmen behandeln. Als solche wurden in Fragen und Antworten genannt Dienste auf dem Gebiet des Heerwesens, der Gaienrechtsprechung, des Feuerlöschwesens, Fälle von Wassernot, Epidemien sowie übliche Gemeinschaftsarbeit in Gemeinden (Schweiz) usw.

Unter den Voraussetzungen, unter denen Zwangs- oder Pflichtarbeit noch zulässig sein soll, wurden genannt:

„daß es trotz des Angebots von Löhnen, die für gleichartige Arbeiten oder Leistungen örtlich üblich sind, unmöglich ist, freiwillige Arbeiter anzuwerben.“

Auch diese Voraussetzung wurde von der deutschen Regierung ohne weiteres bejaht. Von den für erforderlich gehaltenen Schutzbestimmungen für noch geduldeten Zwangsarbeit sei erwähnt der Achtstundentag oder die 48-Stundenwoche, übliche Entlohnung, Mehrzahlung für Ueberstunden, wie sie für freie Arbeiter üblich ist.

An diese Verhandlungen wird man unwillkürlich erinnert, wenn man sich den neuesten gesetzgeberischen Hundstagsvorschlag der Wirtschaftspartei ansieht. Es ist der Antrag 2159, der am 5. Juli auf der Tagesordnung des Reichstags stand. Er wurde abgelehnt, weil die Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Ueberweisung ohne Debatte an den Ausschuß protestierten. Weil es zu dieser Debatte nicht kam, sei der blöde Vorschlag an dieser Stelle kurz beleuchtet. Der Antrag will die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Deutschen vom 17. bis 25. Lebensjahr. Dieser „Ehrendienst“ und Dienst für Volk und Reich“ soll bei einer Entlohnung von 40 Pf. pro Tag ein Jahr oder zweimal ein halbes Jahr dauern. Den Nationalsozialisten, die 1928 einen ähnlichen Antrag stellten, geht es dabei um verkappte militärische Betätigung, womit wir uns hier nicht weiter beschäftigen wollen. Der Wirtschaftspartei erscheint ihr Vorschlag als Ausdruck von Wirtschaftsverunft, während wir darin das strikte Gegenteil sehen.

Wir empfinden den Antrag zunächst als eine empörende, infame Beleidigung der breiten Masse von Jugendlichen und Arbeitslosen, die ganz allgemein als faul und arbeitsscheu hingestellt werden. Anders kann man es nicht auffassen, wenn der Antrag sagt:

„Die Arbeitsdienstpflicht soll die deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen.“

Haben diese Leute eine Ahnung von der seelischen Qual und Verzweiflung der Eltern und der Jugendlichen, die sich Monate und Jahre vergeblich um eine Arbeitsstelle bemühen?

Es ist selbstverständlicher Wunsch, daß möglichst viele Arbeitslose wieder „in den Produktionsprozeß“ eingeschaltet werden. Ein Universalmittel dafür gibt es leider nicht, aber viele Mittel könnten zusammenwirken, auf diesem Wege wenigstens vorwärts zu kommen. Aber wenn wir Erleichterung der Kapitaleinfuhr, besonders für die öffentliche Hand, fordern, stoßen wir auf die Leute von der Wirtschaftspartei als erbitterteste Gegner. Wenn wir Senkung der Kar-

tellpreise fordern, Ausschaltung unnötigen Zwischenhandels, wirksame Preiskontrolle, so müßte dagegen niemand mehr als die Wirtschaftspartei. Als es gelungen war, in das Brotgesetz eine Bestimmung einzuschalten, daß Brot, wie das in vielen Gegenden Deutschlands üblich ist, nur nach Gewicht verkauft werden darf, stimmten die Wirtschaftspartei wie die Nazis geschlossen dagegen! Wenn wir Reallohne für die Arbeitnehmer fordern, welche die Inlandskaufkraft erhöhen, wenn wir für eine Handelspolitik eintreten, welche unsere Ausfuhr zu steigern geeignet ist, finden wir als unsere Gegner die Wirtschaftspartei, die sich von kurzfristigster Interessenpolitik leiten läßt.

Wenn sich die Wirtschaftspartei die Arbeitsdienstpflicht als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit denkt, so ist sie Kurpfuscherei im schlimmsten Sinne des Wortes!

Beschäftigte mit einer Arbeitsarmee von vielleicht 1 bis 1 1/2 Millionen, die heute schon vertriebt werden, so würde man Arbeitslose an die Stelle anderer Arbeiter setzen. Wolte man sie mit zusätzlicher produktiver Arbeit beschäftigen (Oedlandkultivierung, Kanal-, Straßenbau usw.), wie es der Wirtschaftspartei vorzuschweben scheint, so wäre die ganze Frage ein Kapitalkapitalproblem. Arbeitsausrüstung, Kleidung, Wohnung und Verpflegung für eine Millionenarmee würden Milliarden erfordern in einer Zeit, in der die Wirtschaftsbetriebe am meisten über Steuerdruck jammern, in der man um ein paar Hundert oder Duzend Millionen Regierung und Finanzminister stürzt!

Damit ist wohl genügend die Phrase in dem Antrag gekennzeichnet:

„Sie soll neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, die das Recht aller Deutschen auf Arbeit verwirklichen läßt, und dazu beitragen, die Reparationslasten abzulösen.“

In seinem letzten Teil scheint dieser Satz ungefähr so geklärt wie Hugenbergs Reparationsabgabe!

Einzelne Bestimmungen des Antrags sind ebenso konfus wie das Ganze. So soll gnädigt werden jene von der Arbeitsdienstpflicht vorläufig befreit werden, wenn durch die Erfüllung eine wirtschaftliche Existenz vernichtet oder wesentlich beeinträchtigt würde. In einem anderen Paragraphen heißt es: „Die Einberufung zum Arbeitsdienst löst bestehende Arbeitsverträge ohne Anspruch auf Entschädigung.“

Um die Weisheit zu krönen, lesen wir dann in Paragraph 13:

„Der freie Arbeitsmarkt und die freie Wirtschaft darf durch die geforderten Arbeiten nicht beeinträchtigt werden.“

Die Interessen der Mittelständler sollen natürlich nicht leiden, für sich fordern sie Freiheit, für Millionen andere Zwang!

Selbstverständlich haben sich die Wirtschaftsparteiler auch über die Führung dieser einheitlich gefelderten Arbeitsarmee den Kopf zerbrochen. Das Führerpersonal soll aus Beamten des Reichs, der Länder und Gemeinden bestehen, die sich für den Dienst eignen und Wartegeldmängler sind. Heeresangehörige, die nach einwandfreier Ableistung ihrer Dienstzeit entlassen sind, werden bevorzugt.

Wieviel von diesen Leuten mögen sich wohl für die Leistung produktiver Arbeit eignen? Das ist den Wirtschaftsparteilern aber wohl nicht die Hauptsache, sondern die Unterbringung aller Heeresangehörigen!

Man mag sich dies Hundstagsprodukt ansehen wie man will, man kommt nur zu dem Ergebnis: Wirtschaftspartei, dein Wesen ist Wirtschaftsunfall!

Man darf aber den Antrag nicht leicht nehmen, weil auch bürgerliche Kreise über die Wirtschaftspartei hinaus mit diesem Gedanken liebäugeln. In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 15. Juli spricht sich Prof. Hoffmann für den Gedanken aus. Er möchte eine enge Verbindung mit dem Erwerbslosenproblem, d. h. Zwangsarbeit für Erwerbslose. Er ist begeistert von dem Beispiel Bulgariens, wo man eine solche Dienstpflicht hat (mit Loskaufsmöglichkeit, also nur für die Armen!), und so man es sogar so weit gebracht hat, daß der Staat aus dieser Dienstpflicht eine Einnahmequelle gemacht hat!

Natürlich wird die Arbeiterschaft solchen Plänen den schärfsten Widerstand entgegensetzen!

In Genf haben die deutschen Bergbauunternehmer eine internationale Regelung der Arbeitszeit abgelehnt, abgelehnt aus ihrer rein grundrationalen privatkapitalistischen Einstellung, obwohl eine angleichende Schichtzeit international dem deutschen Bergbau bestimmt nicht zum Nachteil gereichen würde. Aber mit ihrer grundsätzlichen Einstellung zu dieser Frage haben die Unternehmer nicht nur die Angleichung der Arbeitszeit verhindert, sondern auch die wirtschaftliche Verständigung zerschlagen. Die Unternehmer wollen die wirtschaftliche Anarchie auf dem Wirtschaftsmarkte beibehalten. Sie wollen allein die entscheidende Instanz über wirtschaftliche und soziale Fragen sein. Das ist die Grundeinstellung jener Seite. Daraus aber geht die Verschärfung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit hervor. Das Emporstreben und Eindringen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist der Unternehmern unerträglich geworden. Jetzt glaubt man die Zeit für gekommen, um die Profitrate des Unternehmers auf Kosten niedrigerer Löhne steigern zu können und die Arbeiterschaft zurückzudrängen. Dabei wird sich ganz gewiß herausstellen, daß diese Rechnung der Gegenseite nicht stimmt.

In jähem Kampf haben wir im Laufe der Jahrzehnte das erreicht, was wir jetzt besitzen, und nur im erbittertsten Kampf wird die Arbeiterschaft sich etwas von dem Errungenen nehmen lassen. Vierzig Jahre sind jetzt jener Zeit vorüber, als im Mai 1890 in Halle die Ausdehnung des im Jahre 1889 gegründeten rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbandes auf das Deutsche Reich beschlossen wurde. Vierzig Jahre jähre Arbeit liegen hinter uns und keiner wird bestreiten, daß wir nicht vorwärts gekommen sind. Manches von dem, was wir in früheren Jahrzehnten als Forderung aufgestellt haben, ist heute verwirklicht oder steht nahe davor.

Sie als Delegierte sind nach hier gefandt, um Berichte entgegenzunehmen, um zu beraten und zu beschließen, was weiter im Interesse des Verbandes geschehen soll. Führen wir die Beratungen und auch die vorkommenden Meinungsgegenstände in vollkommen gewerkschaftlicher Form, wie wir das auf all unseren Tagungen gemohnt sind, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt die Stärke der Arbeiterschaft. In diesem Sinne nochmals: herzlich willkommen in Breslau!

Alle Bergarbeiter aus den Bergrevieren schauen auf diese Tagung. Zeigen wir, daß wir gewillt sind, in alter kameradschaftlicher Treue weiterzuarbeiten, daß es uns ernst ist, die Einigkeit der Bergarbeiter herbeizuführen, und daß alle Hindernisse, wie sie sich uns auch in den Weg stellen, zu überwinden sind durch die Geschlossenheit der Kameraden. Ich schließe mit den Worten des alten Bergmannsliedes:

Glückauf, Kameraden, durch Nacht zum Licht,
uns sollen die Feinde nicht kümmern.
Wir hatten so manche verzweifelte Schicht
und sahen die Sonne doch schimmern.
Nur einig, einig müssen wir sein,
so fest und geschlossen wie Erz und Gestein!

In diesem Sinne, werte Delegierte und Gäste, erkläre ich namens des Verbandsvorstandes die Generalversammlung für eröffnet.

Oberpräsident Lüdemann überbrachte die Grüße der Provinz Schlesien. Er versicherte, daß die Behörden bereit seien, zusammen mit den Berufsorganisationen an Verbesserungen der sozialen Verhältnisse zu arbeiten. Allerdings sei es schwer, Standesbewußtheit und Verantwortungsgelübde zu verlangen von Arbeiterschichten, deren Lohn zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sei.

Bürgermeister Maché entbot die Grüße des Magistrats der Stadt Breslau, die mit dem Bergbau aufs engste verbunden sei.

Oberbergat Pöler sprach im Namen des Oberbergamts die besten Wünsche aus und hoffte, daß Bergbehörden, Beamten und Arbeiter gemeinsam zusammenarbeiten würden, um die Gefahren des Bergbaues zu bekämpfen.

Kamerad De Jardin sprach im Namen aller anwesenden internationalen Gäste. Er gab der Trauer über das Unglück von Neaurade Ausdruck und schloß mit einer scharfen Charakterisierung der Wirtschaftskrise und der Notwendigkeit, sie gemeinsam zu bekämpfen.

Für den Bundesvorstand des ADGB sprach Kollege Müller, für den Abund Kollege Peters. Mit der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten fand die Eröffnungsversammlung ihr Ende.

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Erster Verhandlungstag: Montag, den 21. Juli 1930.

Das Hauptereignis an diesem Tage, über dessen Verlauf wir erst in nächster Nummer ausführlich berichten können, war der Geschäftsbericht des Vorstandes, der durch den Vorsitzenden

Fritz Sulemann

erstattet wurde. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Die Generalversammlungen unseres Verbandes haben den Zweck, den Vertretern der Mitgliedschaft Rechenschaft über die in der zurückliegenden Berichtsperiode geleistete Arbeit zu geben. Gleichzeitig können wir aber auch prüfen und sehen, wie weit unsere Macht reicht, um weiter vorzustoßen auf dem Wege zur sozialen und wirtschaftlichen Befreiung der Bergarbeiter. All die Fragen, die wir durch die gewerkschaftliche Organisation lösen wollen, sind Machtfragen, weshalb ich meinen Rechenschaftsbericht mit einer kurzen Darstellung über unseren Verband als wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtfaktor beginnen möchte. Unsere Kampfkraft wird von vielen Umständen bestimmt. Zunächst durch unsere zahlenmäßige Stärke, dann durch die finanziellen Reserven, die zur Schmiedung und Schärfung neuer Waffen, zur Vinderung der sozialen Not und, wenn es sich um die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels handelt, als Munition Verwendung finden, des weiteren von der Hingabe, der Disziplin und dem Opfermut jedes einzelnen Mitgliedes an die Idee unseres Verbandes, von der Umsicht und Tatkraft der Leitung und nicht zuletzt von den Verhältnissen, die nach gewerkschaftlichem Willen zu formen unsere Kräfte nicht ausreichen. Ich nenne als solche nur die Wirtschaftskonjunktur, Zusammenfassung der Parlamente, Einstellung der Gerichte, Geschlossenheit des Unternehmertums und anderes mehr.

Wenn wir die einzelnen Machtfaktoren betrachten und dabei zweckmäßigerweise mit unserer zahlenmäßigen Stärke beginnen, so müssen wir die betrübliche Feststellung machen, daß sich die Zahl unserer Mitglieder seit der letzten Generalversammlung nicht vermehrt, sondern etwas vermindert hat. Es wurden im 1. Quartal 1928 198 708 gegen 194 871 Mitglieder im 1. Quartal 1930 gezählt. Es ist also in den letzten beiden Jahren ein Rückgang von rund 4000 Mitgliedern oder noch nicht ganz 2 Prozent eingetreten. Dieser Rückgang ist in der Hauptsache auf das 1. Vierteljahr 1930 zurückzuführen. Es waren aber auch in den beiden Jahren 1928 und 1929 sehr erhebliche Schwankungen zu verzeichnen. Zum Teil ist das auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen, unter der der Bergbau in den verschiedenen Revieren zu leiden hatte. Dieses spiegelt sich auch in den Produktionsziffern wider. Im Jahre 1928 wurden durchschnittlich in jedem Monat 12,6 Mill. To. und im Jahre 1929 13,5 Mill. To. Steinkohle gefördert. Im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres sank die durchschnittliche Monatsförderung wieder von 13,6 auf 12,6 Mill. To. Die Entwicklung in der Braunkohle zeigt ein ähnliches Bild. Dort stieg die monatsdurchschnittliche Produktion von 13,9 Mill. To. im Jahre 1928 auf 14,6 Mill. To. im Jahresdurchschnitt 1929 und fiel dann wieder auf 11,9 Mill. To. im Durchschnitt des ersten Jahresdrittels 1930.

Dieses Auf und Nieder der Bergbaukonjunktur

berührte auch die Belegschaftsbewegung. So wurden am Jahresende 1929 an der Ruhr 17 594, in Deutsch-Oberschlesien 3719, in Niederschlesien 1013, in Sachsen 363 und in Aachen 1347 Arbeiter mehr beschäftigt als am Jahreschluß 1928. Dann aber kam der plötzliche Umschwung. Die Stilllegungsanträge jagten einander und Einzelentlassungen wurden zu einer täglichen Erscheinung. Von Anfang dieses Jahres bis Anfang Juni wurden an der Ruhr über 37 000, in Oberschlesien über 14 000, in Niederschlesien fast 2000 und in Sachsen fast 3000 Arbeiter abgebaut. Nur das Aachener Steinkohlenrevier zeigt in seiner Belegschaftsziffer bisher eine erfreuliche Stabilität. Wie schwer die Wirtschaftskrise den Steinkohlenbergbau trifft, geht aus folgendem hervor:

Vom 1. Januar bis 28. Juni d. J. wurden im Ruhrgebiet 4 798 638 Feierschichten eingelegt. Diese brachten den davon betroffenen Arbeitern einen Lohnausfall von 43,2 Mill. M. Der Lohnausfall durch Arbeiterentlassungen kann auf etwa 20 Mill. M. geschätzt werden, so daß der durch die schlechte Konjunktur der Ruhrbergarbeiter entstandene Lohnausfall insgesamt auf 60 bis 65 Millionen Mark zu schätzen ist.

In Oberschlesien beträgt der Lohnausfall durch Feierschichten allein rund 5,6 Mill. M.

Das Saargebiet hatte, gemessen an den Verhältnissen in den anderen Steinkohlenrevieren, während der letzten beiden Jahre eine verhältnismäßig gute Konjunktur. Die monatsdurchschnittliche Kohlenproduktion stieg von 1 Mill. To. im Jahre 1928 auf 1,1 Mill. To. im Jahre 1929 und auf 1,2 Mill. To. im 1. Quartal d. J. Die Belegschaftsziffer ist trotz dieser Fördersteigerung von April 1928 bis April 1930 um 1000 gesunken. Daraus geht hervor, daß auch an der Saar die Leistung je Mann und Schicht gestiegen ist, daß hier also auch die Rationalisierung Fortschritte gemacht hat.

Die Belegschaftsentwicklung im Braunkohlenbergbau entsprach der der Produktion. In den mitteldeutschen Revieren wurden 1928 im Durchschnitt 67 479, 1929 durchschnittlich 69 347 und im März d. J. 67 142 Arbeiter beschäftigt. Im rheinischen Braunkohlenbezirk erhöhte sich im Jahre 1929 die Belegschaftsziffer von 15 705 auf 16 337, um im März d. J. auf 13 104 zu sinken.

Im Kaliberbergbau herrschten sowohl für die Produktionsziffern als auch für die Belegschaftsstärke stabile Verhältnisse.

Der Erzbergbau hatte dagegen nach wie vor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese liegen darin begründet, daß die heimischen Produkte die Konkurrenz mit den hochwertigen Schwedenerzen und der lothringischen Minette auszukämpfen haben, während der Kupferbergbau sehr stark von den Preischwankungen berührt wird. Der Kupferpreis stieg von über 140 M. für 100 Kg. im Jahresdurchschnitt 1928 auf fast 174 M. im Durchschnitt des Jahres 1929. Er hielt sich auf dieser beachtlichen Höhe, die es der größten deutschen Kupfergesellschaft, der Mansfeld W.G., auch ermöglichte, starke Reserven zu bilden. Als aber in den Ostertagen dieses Jahres der Kupferpreis plötzlich fiel, da war die Direktion der Mansfeld W.G. schnell mit einem gewaltigen Lohnabbau bei der Hand und sie verlangte nicht mehr und nicht minder, als daß die Gewerkschaften sich damit bei ungeduldigstem Lohnstarif einverstanden erklären sollten. Selbstverständlich mußten wir uns gegen ein solches Verlangen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Hierzu gab uns nicht der

rege Geschäftsgang 1929, sondern auch die von der Mansfeld W.G. in unverantwortlicher Weise vorgenommene Fehlspekulation Veranlassung. Das Unternehmertum darf nicht daran denken, bei jedem schlechten Gange des Geschäfts nun das ganze Risiko auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Der Kampf im Mansfeld wurde von der gesamten Belegschaft, d. h. von 95 Prozent, auf Anfordern der gewerkschaftlichen Organisationen aufgenommen und mit großer Zähigkeit geführt.

Aus diesen meinen Ausführungen können Sie ersehen, daß in allen Bergbauarten entweder schon im letzten Vierteljahr 1929 oder im Laufe dieses Jahres die Krise schroff einsetzte und große Schwierigkeiten hervorrief. Diese Tatsache werden wir zu berücksichtigen haben, wenn wir uns mit dem Wirken des Verbandes in dieser Zeit zu beschäftigen haben. Ich bin nicht der Meinung, der im letzten Bericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Ausdruck gegeben ist, daß nämlich die Gewerkschaften in der Zeit der Wirtschaftskrise besonders stark seien. In diesem Bericht der Unternehmervereinigung, die unseren sozialen Gegenpieler darstellt, war darüber zu lesen, daß schon seit Jahren die Macht auf der Arbeitnehmerseite viel größer sei als auf Seiten des Unternehmertums. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Diese Machtverschiebung vergrößert sich in Zeiten, in denen der Einzelunternehmer unter Abnahme und Kapitalnot auf das schwerste zu leiden hat. Gerade in Zeiten der Kapitalnot und schwierigen Geldmarktverhältnisse kann die gewerkschaftliche Macht den Unternehmer leicht zwingen, Lohnzustandnisse zu machen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen seines Betriebes nicht entsprechen, und zwar nur deshalb, da das Ausbrechen eines Arbeitskampfes ihn in eine sofortige unhaltbare Lage seinen Abnehmern oder Gläubigern gegenüber bringen würde.“

Sie sehen also, wenn es nach der Meinung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ginge, dann müßte unsere Macht jetzt besonders groß sein. Wir Gewerkschafter haben aber andere Erfahrungen gemacht und sind der Meinung, daß das, was in diesem umfangreichen Bericht der Unternehmer über unsere Macht in der Wirtschaftskrise gesagt wird, seine Hintergründe hat. Würden wir gegenwärtig Hochkonjunktur haben, dann hätten wir in demselben Bericht sicher lesen können, daß die Gewerkschaften gerade in dieser Situation besonders stark seien; es bräue kein großes Arbeitslosenheer auf den Arbeitsmarkt; die Riesensummen, die die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder ausgeben, wären zu Kampfeszwecken frei; die Kampfreudigkeit des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes sei groß, weil für ihn auch anderweitig Arbeitsmöglichkeit bestände; man könne den Unternehmern nicht zumuten, daß sie sich die während der guten Wirtschaftskonjunktur bietenden Gewinnmöglichkeiten verberben ließen usw. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird der Öffentlichkeit immer beweisen, daß die bösen Gewerkschaften sehr stark sind, ganz gleich, ob Krise oder Hochkonjunktur herrscht. Es ist überhaupt der Wesenszug der modernen Arbeitgeberpropaganda, daß man uns heute nicht mehr als unbedeutend hinstellt und uns nicht mehr absichtlich übersteht, sondern der Öffentlichkeit plausibel zu machen versucht, daß alle Macht bei den Gewerkschaften liege. So hat Herr Dr. Windschuh, ein angesehenen Sozialpolitiker der Arbeitgeberfront, im „Glückauf“ die Hauptthese aufgestellt, daß die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinteressen grundsätzlich stärker seien als die Unternehmer. Nur habe sich diese Tatsache bisher in der öffentlichen Meinung und in amtlichen Bewusstseins noch nicht genügend durchgesetzt. Dr. Windschuh führt die Stärke der Gewerkschaften in erster Linie auf den guten Geschäftsgang ihrer eigenen Unternehmungen zurück.

Wir sind gewiß stolz auf das, was wir erreicht haben, auf die Macht, die unsere Zahl, unser Besitz verkörpert. Wenn aber die Unternehmenseite dies so deutlich in den Vordergrund schiebt, dann, verehrte Kameraden, glauben Sie es mir, hat man dort seine triftigen Gründe dafür. Man will Staat und Öffentlichkeit einreden, daß

die Sache der Arbeiter, die durch die Gewerkschaften vertreten wird,

deren Sympathien nicht mehr notwendig habe.

Inwiefern es der modernen Arbeitgeberpropaganda gelungen ist, diese Auffassung zu verbreiten, mögen Sie daraus erkennen, daß bei den Kämpfen, die zur Abwehr eines vom Unternehmertum geplanten Lohnabbaues notwendig wurden, wir nur noch bei der sozialdemokratischen Presse auf eine wirksame Hilfe rechnen konnten. Die Presse des Bürgertums ließ uns, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur keine Unterstützung zuteil werden, sondern meistens stand sie in offener Kampffront gegen die Arbeiterschaft.

Hier liegt eine große Aufgabe, die sowohl die mit uns sympathisierende Parteipresse als auch die Gewerkschaftspresse zu erfüllen hat. In diesem Zusammenhange gleich einige Worte über die Tätigkeit unserer Verbandsorgane. Aus den Ihnen unterbreiteten Anträgen geht hervor, daß die Schreibweise unseres Verbandsorgans „Die Bergbau-Industrie“ nur deshalb kritisiert wird, weil sie angeblich die Grenze politischer Neutralität verletzt habe. Ich darf feststellen, daß die Kritik, die in einigen Anträgen enthalten ist, sich nicht auf den Ton bezieht, in dem unser Verbandsorgan allmählich zu den Mitgliedern spricht. Auch nicht der Inhalt der Artikel ist kritisiert worden, sondern lediglich die aus ihnen sprechende Tendenz. Es muß dabei aber bedacht werden, daß es für ein Gewerkschaftsorgan eine besonders schwere Aufgabe ist, wirkungsvoll zu schreiben. Die Leserschaft setzt sich aus einem vielgestaltigen Interessentenkreis zusammen. Der Inhalt der Zeitung ist bestimmt für unsere Kameraden und Funktionäre, die auf vorgeschobener Stelle im Gewerkschaftskampf stehen. Unternehmer, Regierung und Öffentlichkeit benutzen unser Verbandsorgan als Barometer, an dem man sich über den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wetterstand orientieren kann. Ich glaube sagen zu dürfen, daß unsere Redaktion dieser schwierigen Aufgabe gerecht geworden ist. Wenn man auch jetzt wieder dagegen protestiert, daß bei der Reichstagswahl 1928 ein Wahlauftritt zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel aufforderte, dann darf ich wohl darauf hinweisen, daß die letzte Generalversammlung diese Angelegenheit durch Annahme eines Vertrauensvotums und Ablehnung aller Anträge, die dem Vorstand und der Redaktion ein Mißtrauensvotum ausstellen wollten, erledigt worden ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch einmal betonen: Es kann uns als Gewerkschaft nicht gleichgültig sein, wie die Parlamente zusammengefaßt sind, denn wichtige Fragen des Arbeiterlebens werden dort entschieden. Da die Sozialdemokratische Partei bisher die einzige Partei ist, die in allen sozial- und wirtschaft-

politischen Fragen den Gewerkschaften ihre volle Unterstützung geleistet hat, so ist es Pflicht unserer Mitglieder, diese Partei zu unterstützen. Eine Unterstützung der kommunistischen Partei kommt für unseren Verband nicht in Frage, denn diese Partei ist die schärfste Gegnerin unseres Verbandes.

In den letzten neun Monaten mußten wir uns nicht nur im Verbandsvorstand, sondern auch wiederholt in unserem Verbandsorgan mit der Frage der Rationalisierung des Saargebiets beschäftigen. Durch die Rationalisierung des Young-Plans und die jetzt erfolgte vollständige Räumung des Rhein- und Pfalzgebiets wurde auch die Saarfrage immer mehr in den Vordergrund gedrängt. Ihnen ist ja bekannt, daß nach dem Versailler Diktat die Saargruben dem französischen Staat solange zur Ausbeute überlassen wurden, um damit den Ausfall an der Kohlenförderung, welcher durch die Zerstörung der Gruben in Nordfrankreich eintrat, auszugleichen. Wohl ist die französische Produktion schon weit über die Förderung von 1913 gestiegen, aber trotzdem befinden sich die Saargruben noch immer in französischer Verwaltung. Bei den Verhandlungen über den Young-Plan ist aber zwischen französischen und deutschen Staatsmännern vereinbart worden, daß deutsch-französische Delegationen über die Rückgliederung des Saargebiets verhandeln sollten, um zu ermöglichen, das Saargebiet baldigst wieder in die Verwaltung Deutschlands zurückzuführen. Die Verhandlungen sind seit etwa neun Monaten im Gange. Sie haben aber noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Von französischer Seite wird der Versuch gemacht, die deutsche Delegation sowie die deutsche Regierung dazu zu bringen, daß die Saargruben einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft überleitet werden, an der neben dem preussischen Staat deutsches und französisches Privatkapital beteiligt sein soll. Die deutsche Delegation hat entsprechend dem ihr gegebenen Auftrage dieses Verlangens der französischen Unterhändler mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Saarbevölkerung, vor allen Dingen die Saarbergleute sind mit uns der einmütigen Auffassung, daß die Gruben an der Saar ihren früheren Besitzern, dem preussischen und bayerischen Staat, wieder zurückgegeben werden müssen.

Wir sind Anhänger der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, können aber in diesem Punkte nicht nachgeben. Ich bin der Meinung, daß, wenn in Frankreich ein Umschwung während der Verhandlungspause nicht eintritt, man die Volksabstimmung im Jahre 1935 abwarten soll, die ja dem französischen Volke und der französischen Regierung mit aller Deutlichkeit zeigen wird, daß das Saargebiet geschlossen für Deutschland stimmt und eine Beteiligung des französischen, aber auch deutschen Privatkapitals an ehemaligen preussischen Staatsgruben an der Saar nicht gewünscht wird.

Die Wirtschaftskrise, in der wir uns zur Zeit befinden, zeigt im Wirtschaftsleben Erscheinungen, die unserem Kampfe um bessere Lebensbedingungen neue Stützen geben. Ich denke da in erster Linie an die

ständig fortschreitende Rationalisierung.

Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß der durch die Rationalisierung gesteigerte Wirtschaftsertrag den Arbeitern in Form von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverfügungen oder sozialpolitischen Verbesserungen zugute kommt. Die Rationalisierung hat auch während der letzten Jahre und Monate nicht stillgestanden. Dieses beweist uns der ständig steigende Fördereffekt. In welchem Ausmaß die Rationalisierungserfolge in den deutschen Steinkohlenrevieren zu verzeichnen sind, geht daraus hervor, daß während der letzten beiden Jahre die Schichtleistung je Mann der Gesamtbelegschaft ständig weiter gestiegen ist. Im Jahresdurchschnitt 1929 förderte ein Arbeiter in einer Schicht an der Ruhr 35 Prozent, im Aachener Revier 24 Prozent, in Oberschlesien 21 Prozent und in Niederschlesien 27 Prozent mehr als im letzten Vorjahresjahr. Im Jahre 1930 ist diese Bewegung weiter fortgeschritten. Soweit Zahlen vorliegen, zeigt sich, daß im Ruhrgebiet, Aachen und Niederschlesien der Stand des Vorjahres weit überschritten wurde, ja, das Ruhrgebiet hat im März d. J. den ober-schlesischen Fördereffekt pro Mann und Schicht überholt.

Ähnliches kann man auch vom Braunkohlenbergbau sagen. Dort stieg von 1928 bis zum 4. Quartal 1929 die Schichtleistung eines Arbeiters der Gesamtbelegschaft im ostfälischen Revier von 9,7 auf 10,2 To., im westfälischen Revier von 8,0 auf 9,6 To., im rheinischen Braunkohlenbezirk von 23,1 auf 24,7 To.

Im Eisenerzbergbau sehen wir dieselbe Bewegung. Hier stieg die Jahresleistung des einzelnen Arbeiters von 373 To. im Jahre 1927 auf 402 To. im Jahre 1928.

Im Kaliberbergbau stieg die Schichtförderleistung von 2 D3. im Jahre 1927 auf 4,2 im Jahre 1928 und 5 D3. K₂O im vergangenen Jahre.

Die Rationalisierung ist für uns sowohl ein sozialpolitisches als auch ein wirtschaftliches Problem. Sie berührt sozialpolitisch den Arbeiter insofern, als durch die vermehrte Maschinenanwendung, durch betriebsorganisatorische Umstellungen und ein starkes Einspannen des Bergarbeiters in den Arbeitsrhythmus die Kranken- und Unfallziffern ungünstig beeinflusst werden. Deren Steigen ist nur entgegenzuwirken durch einen verstärkten sozialen Schutz für die Arbeiterschaft. Daß wir auch in der vergangenen Berichtsperiode dafür gekämpft haben, mögen Sie aus den Erfolgen erkennen, die ich kurz anführen will, wobei, um Irrtümer zu vermeiden, gleich zu Anfang festgestellt sei, daß ich die Erfolge wohl zu würdigen weiß, aber mir der Tatsache bewußt bin, daß auch hier noch vieles, sehr vieles zu tun übrig bleibt. Die Kranken- und Unfallversicherung hat eine Erweiterung erfahren und in der Invalidenversicherung konnte eine Erhöhung der Renten durchgesetzt werden. Die Steigerungsbeträge in den vor dem 30. September 1921 liegenden Beitragsklassen wurden erhöht. Ebenfalls wurden einige empfindliche Härten aus der Invalidenversicherung beseitigt. Ich denke an die Gewährung der Leistungen an die Hinterbliebenen der Versicherten, die vor dem 1. Januar 1912 invalidisiert worden sind, ebenso an die Gewährung der Leistungen an alle Witwen, wenn sie das 65. Lebensjahr erreicht haben.

Es soll auch erinnert werden an die Erweiterung der Verordnung über entschädigungspflichtige Berufskrankheiten. Die Staublunge (Silikose) ist mittlerweile anerkannt. Ich möchte aber auch an dieser Stelle sagen, daß wir mit der engen Auslegung des Begriffs „schwere Silikose“ uns nicht zufrieden geben. Eine unsoziale Auslegung einer Verordnung gereicht einer Sozialversicherung wirklich nicht zur Ehre. Wir streben deshalb auch auf eine Erweiterung der Verordnung hin. Mit den sieben auf den Bergbau entfallenden Berufskrankheiten ist es nicht getan. Neue Eingaben sind von uns eingereicht. Wir verlangen, daß vor allen Dingen endlich das Augenzittern als unfallentschädigungspflichtig anerkannt wird und daß die durch Lärm verursachte Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit auch auf den Bergbau ausgedehnt wird. Wer einmal den ungeheuren Lärm, der durch Bohrhammer, Abbaubammer und durch Schütteltrufchen und

vor den Arbeitspunkten entsteht, gehört hat, wird ohne Ueber- treibung behaupten können, daß der Lärm in den Betrieben der Metallindustrie nicht stärker sein kann.

Die Arbeitslosenversicherung war ja ein be- sonderes Stiefkind für die Gegner der Sozialversicherung. Wie hart sie umkämpft war, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Kabinett Herrn Müller (Franken) darüber auseinanderfiel.

Unsere Knappschäftsversicherung, besonders die Pensionsversicherung, hat unter der Ungunst der Wirtschaftskrise am meisten zu leiden. In Magdeburg hatten wir eine Entschlei- bung angenommen, in der wir von der Regierung geldliche Hilfe fordern. Diefem Wunsch ist in der Weise Rechnung ge- tragen, daß je 75 Mill. M. aus Ueberschüssen der Lohnsteuer in den Steuerjahren 1929 und 1930 der Knappschäftsversicherung zu- gewiesen werden. Diesen erfreulichen Feststellungen stehen aber auch ebensoviel unerfreuliche gegenüber. Das Jahr 1929 brachte der Pensionstasse wieder eine Zunahme der Leistungs- empfänger und eine Abnahme der Beitragszahler. Im Jahre 1930 hat sich das ungünstige Verhältnis zwischen den Beitrags- zahlern und Leistungsempfängern noch vergrößert. Trotzdem möchte ich nicht im übermäßigen Pessimismus nachhaken, sondern nur sagen, daß wir die Entwicklung in der Knappschäftsver- sicherung zu verfolgen haben.

Der Kampf um die Sozialversicherung ist aber noch nicht beendet.

Die Unternehmer haben noch vor einigen Monaten der Öffentlichkeit eine Denkschrift unterbreitet, in der sie Reform- vor schläge machen. Alle diese Vorschläge zielen aber auf einen Abbau der Leistungen hin. Man will 500 Mill. M. an den Aus- gaben in der Krankenversicherung sparen. Die vom Reichsarbeitsminister dem Reichstag vorgelegte Novelle zur Krankenversicherung will diesem Verlangen der Unternehmer Rechnung tragen, so daß die Arbeiter sich auf der ganzen Linie in der Abwehrstellung befinden. Die Unternehmer haben weitere Denkschriften über die anderen Versicherungszweige der Sozialversicherung angekündigt. Auch hier werden wir erleben, daß sie für den Abbau der Leistungen eintreten und daß auf all diesen Gebieten für die Versicherten schwere Auseinander- setzungen bevorstehen.

Die Rationalisierungsbewegung ist aber nicht nur auf die Sozialpolitik von großem Einfluß, sondern in engem Zusam- menhang damit stehen auch die Probleme der Wirtschafts- politik. Der Sinn der Rationalisierung, die zur Verbilligung der Gütererzeugung führt, soll der sein, nun auch die breite Masse der Bevölkerung im verstärkten Maße mit Waren zu versorgen, und das geht über den Arbeitslohn. Was während der Berichtsperiode hier vom Verbands geschaffen worden ist, darf ich kurz im folgenden angeben:

Wir hatten im Jahre 1928 79 Lohnbewegungen zu führen, von denen über 4 Millionen Bergarbeiter erfaßt wurden. Im Jahre 1929 dagegen verminderte sich die Zahl der zu führenden Lohnbewegungen auf 69. Die Ziffer der davon erfaßten Berg- arbeiter stieg aber auf fast 854 000. Insgesamt haben also wäh- rend der Jahre 1928 und 1929 148 Lohnbewegungen stattge- funden, von denen 136 oder 92 Prozent mit Erfolg abgeschlossen werden konnten.

Nicht uninteressant ist, welche Rolle das Schlichtungs- wesen bei der Durchführung der Lohnbewegungen spielte. Von den 148 Lohnbewegungen der letzten beiden Jahre fanden 98 oder 66 Prozent ihre Erledigung durch freie Vereinbarung, 19 oder 13 Prozent wurden durch eine Einigung nach erfolgtem Schiedspruch des Schlichters beendet und in nur 31 Fällen, die 21 Prozent aller geführten Lohnbewegungen ausmachen, war eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches notwendig.

Sie lernen ja das Gerüde darüber, daß durch das Schlichtungs- verfahren angeblich die Verantwortungslosigkeit der Tarif- parteien steigen soll, weil der Wille zum freien Vertragsabschluß durch sie vernichtet würde. Wie unhaltbar eine derartige Behauptung ist, geht daraus hervor, daß während der letzten beiden Jahre rund 79 Prozent aller Lohnbewegungen durch freie Ver- einbarung, sei es mit oder ohne Hilfe des Schlichters, zustande gekommen sind und nur in 31 Fällen oder 21 Prozent aller Be- wegungen eine Verbindlichkeitserklärung notwendig wurde.

Bis zu dem Tarifkampf der Gruppe Nord-West der deut- schen Eisenindustrie konnte die Verbindlichkeitserklärung auch dann erfolgen, wenn bei der Fällung des Schiedspruches in der Schlichterkammer sich keine Mehrheit ergab. Da in Konsequenz der Ablehnung der Schlichterkammer auch meistens keine der beiden Parteien den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung stellte, erfolgte diese oft vom Arbeitsminister im öffentlichen Interesse. Durch das bekannte Urteil des Reichsarbeitsgerichts ist dieser Zustand beseitigt, so daß heute die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches nur dann erfolgen kann, wenn einschließ- lich der Schlichterstimme eine Mehrheit erzielt wurde. Die Ver- bindlichkeitserklärung von Amts wegen wird deshalb so gut wie gegenstandslos. Sie spielte aber während der Jahre 1928 und 1929 noch eine Rolle. Von den 31 Lohnbewegungen, die durch Verbindlichkeitserklärung beendet wurden, erfolgte letztere in 6 Fällen oder 19 Prozent von Amts wegen, in 18 Fällen oder 58 Prozent auf Antrag der Gewerkschaften und in 7 Fällen oder 23 Prozent auf Antrag der Unternehmer. Sie können hier- aus ersehen, daß in der überwiegenden Mehrheit der Fälle der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung von der Gewerkschafts- vertretung gestellt wurde, woraus sich unsere Stellungnahme zum Schlichtungswesen von selbst ergibt, die ja schon des öfteren klar und eindeutig in bejahenden Sinne kundgegeben wurde. Welchen Erfolg uns die geführten Lohnbewegungen brachten, mag Ihnen ein kurzer Ueberblick dardum über die Veränderungen der

Löhne in den einzelnen Bergbaubezirken.

Von 1927 bis 1929 stieg für die Gesamtbelegschaft der Bar- verdienst, das ist der Bedingeverdienst oder der Schichtlohn ein- schließlich der Zuschläge für Ueberarbeit, Hausstands- und Kindergeld und Arbeiterbeiträge zur Sozialversicherung: im Ruhrgebiet von 8,04 auf 8,92 M., in Oberschlesien von 5,94 auf 6,77 M., in Niederschlesien von 5,80 auf 6,53 M., in Sachsen von 7,20 auf 7,95 M., in Sachsen von 6,91 auf 7,33 M.

Im Erzbergbau erhöhte sich der Barverdienst vom Jahresdurchschnitt 1927 bis zum letzten Quartal 1929: im Mansfelder Revier von 5,83 auf 7,53 M., in Oberharz von 5,52 auf 6,42 M., im Siegerland von 6,40 auf 7,25 M., in Nassau-Wehlar von 5,45 auf 6,90 M.

Im Salzbergbau stieg der Barverdienst im gleichen Zeitraum: im Oberbergamtsbezirk Clausthal von 6,74 auf 8,36 M., im Oberbergamtsbezirk Halle von 6,58 auf 8,31 M.

Im Braunkohlenbergbau erhöhte sich der Bar- verdienst vom Jahresdurchschnitt 1927 bis zum letzten Quartal 1929: im Ostelbien von 5,69 auf 7,10 M., in Westelbien von 6,67 auf 7,60 M., im Rheinland von 7,36 auf 9,01 M.

Sie sehen also, Kameraden, wir konnten während der Jahre 1928 und 1929 noch mit Erfolg kämpfen. Die Lohn- erhöhungen liegen durchweg etwas über der Preissteigerung,

so daß wir auch eine Erhöhung der Reallohne durchzusetzen vermochten. Jetzt sind wir in der Lohnpolitik in die Defensive gedrängt. Das Unternehmertum geht zum Angriff vor. So- lange die Krise noch anhält, werden wir alle Kräfte aufzubieten haben, um Lohnkürzungen abzuwehren.

Die Rationalisierungserfolge können der Bergarbeiterchaft aber auch zugute kommen in Form von Arbeitszeitverkürzungen. Wir haben während der letzten beiden Jahre insgesamt 48 Ar- beitszeitbewegungen durchgeführt, von denen 36 oder 75 Pro- zent erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Eine Schichtver- kürzung für die Untertagearbeiter trat u. a. ein im Magdeburger Kohlenrevier, in der mitteldeutschen und bayerischen Braunkohle, im Harz, bayerischen und Pfälzer Erzbergbau, bei der Mansfeld AG., im Eisensteinbergbau des Lahn- und Dillbezirks und im Siegerland, im gesamten Kaliberbergbau und auf kleineren Werken, wie Schwerepatzen, Gipswerken u. dgl. m. Für die Ueber tagearbeiter sind die Arbeits- zeiterfolge erheblich größer. Hier haben wir Erfolge zu ver- zeichnen an der Ruhr, auf den staatlichen Braunkohlengruben in Hessen, in der mitteldeutschen und der rheinischen Braun- kohle, im bayerischen Pechkohlenbergbau, fast im gesamten Erz- bergbau, im gesamten Kaliberbergbau und in der Erdölindustrie.

Von diesen Fällen abgesehen, ist noch zu erwähnen, daß es uns in sehr vielen Bewegungen gelungen ist, die Angriffe der Arbeitgeber abzuwehren, denn Sie wissen ja, die Bestre- bungen, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, sind im deutschen Arbeitgeberlager eigentlich immer vorhanden. Sie treten nur zu bestimmten Zeitpunkten verstärkt hervor. Auch auf diesem Gebiet ist vom Verbands aus alles getan worden, um die Lebenslage der Bergarbeiter nicht unter den Stand sinken zu lassen, der durch zähe Gewerkschaftsarbeit nach jahrelangem Ringen erkämpft werden konnte.

Des längeren verbreitete sich dann Kamerad Hufemann über die Wandlungen auf dem Gebiet des Rechtschutzes. Er unterzog die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts und verschiedener Landesarbeitsgerichte einer eingehenden Kritik und erläuterte die dort zutage tretenden Tendenzen an einer Fülle von Einzelbeispielen. Während der letzten beiden Jahre wurden vom Bergbauindustriearbeiterverband rund 7700 Fälle erledigt und dadurch für die klagenden Mitglieder ein materieller Erfolg erzielt, der über 1 Mill. M. ausmacht.

Eineleitend habe ich schon darauf hingewiesen, daß die Kampfkraft unseres Verbandes von der Hingabe der Diszi- plin und dem Opfermut jedes einzelnen Mitgliedes ab- hängt. Die deutschen Bergarbeiter haben jedes Jahr, ganz gleich, ob sie organisiert sind oder nicht, die Gelegenheit, zu beweisen, wie groß ihr

Vertrauen zur Gewerkschaftsidee

ist. Und zwar geschieht dies bei den Betriebsräte wahlen, wo jeder Bergmann vor die Entscheidung gestellt wird, dieser oder jener Gewerkschaftsrichtung seine Stimme zu geben. Des- halb sind die Betriebsräte wahlen für uns nicht nur eine wert- volle Position, auf der es die Interessen der Bergarbeiterchaft wahrzunehmen gilt, sondern auch ein Gradmesser dafür, in welchem Kredit die freigewerkschaftliche Bergarbeitervertretung bei den Massen der Bergarbeiter steht. Ich darf zunächst fest- stellen, daß während der letzten zwei Jahre die Wahlbetei- ligung bei den Betriebsräte wahlen mit über 85 Prozent sehr hoch war. Bei der letzten Wahl ergibt die Wahl- beteiligung mit 84,2 Prozent einen kleinen Rückgang, sie ist aber, gemessen an anderen Wahlen, immer noch recht hoch. Die hohe Wahlbeteiligung zeugt dafür, daß der Gedanke des Betriebsrats Wurzel faßt und das Gerüde der Unternehmer, die Bergarbeiter wollten von dieser Institution nichts wissen, eine glatte Erfindung ist. Die freien Gewerkschaften erhielten bei der Betriebsräte wahl 1928 rund 74 Prozent und 1929 66 Prozent aller Stimmen. Bei der letzten Wahl, also 1930, sank unser Anteil auf rund 52 Prozent. Der prozentuale Ver- lust ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahre die Kom- munistische Partei im Verein mit den Unorganisierten im erhöhten Maße eigene Listen aufgestellt hat. Dadurch ist es ihr gelungen, über 100 000 Stimmen, die sonst zweifelsohne unseren Listen zugefallen wären, zu erobern. Der Terror, mit dem die kommunistische Parteileitung dabei gegen ihre Mitglieder vor- ging, ist bezeichnend für das gewerkschaftsfeindliche Benehmen dieser Partei. Kommunistische Parteimitglieder, die es mit ihrem Gewissen als Gewerkschafter nicht vereinbaren konnten, den Verband zu zerpfücken und es deshalb ablehnten, sich mit Revolutionären, Gelben und Unorganisierten auf eine Liste stellen zu lassen, wurden aus der KPD rückwärtslos ausge- schlossen.

Wenn wir aber dazu übergingen, Verbandsmitglieder, die sich entgegen aller gewerkschaftlichen Tradition und Disziplin dazu hergaben, ihren Namen auf Zerpfückungslisten im Ver- ein mit Unorganisierten und Gelben zu setzen, auszuschließen, dann schrie die kommunistische Presse Zeter und Mordio. Es ist uns wirklich nicht angenehm, wenn wir im Vorstand Mit- glieder ausschließen müssen. Im Jahre 1928 brauchten wir nur 44 Mitglieder auszuschließen, davon 22, die sich an der Auf- stellung von Sonderlisten beteiligt hatten. Das Jahr 1929 brachte einen besonders starken Ansturm der Kommunisten bei der Aufstellung von oppositionellen Betriebsratslisten. Die Folge war, daß wir 1929 582 Ausschüsse vornehmen mußten, davon 512 wegen der Beteiligung an Sonderlisten, Unter- stützung derselben, Beteiligung an Kampfausschüssen und Sonderkonferenzen. Im Jahre 1930 mußten wir bis jetzt 471 Mitglieder ausschließen, davon 452 wegen Kandidatur auf Sonderlisten, ihrer Unterstützung, Beteiligung an Kampfaus- schüssen und Sonderkonferenzen. In allen drei Jahren hat sich aber herausgestellt, daß immer einzelne Kameraden später ihr Borgehen bereuten. Wir haben dann, wenn sie eine ent- sprechende Erklärung abgaben, den Ausschluß wieder rückgängig gemacht oder es ist die Wiederaufnahme verfügt worden. Wir werden auch in Zukunft — und ich möchte das hier mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen — auf das Geschrei der gewerkschaftsfeindlichen kommunistischen Zeitungen keine Rück- sicht nehmen. Wenn die Gemeinschaft mit Beitragsgehenden, Un- organisierten und Gelben näher steht als das Bündnis mit feinen gewerkschaftlich organisierten Kampfgenossen, für den ist in unserem Verbands kein Platz. Unser Verband kann nur dann seine Aufgabe erfüllen, wenn alle Mitglieder gewerkschaftliche Disziplin halten und dadurch die Grundlage für ein geschlossenes Vorgehen schaffen. Die

Zerpfückungsarbeit der Kommunistischen Partei

ist das größte Hemmnis für den gewerkschaftlichen und sozialen Aufstieg der Bergarbeiter. Sie alle, die Sie schon jahrelang in der Bewegung stehen und denen das gewerkschaftliche Benehmen in Fleisch und Blut übergegangen ist, Sie, die Sie mit Be- stimmtheit Phrasen von praktischen Taten zu unterscheiden wissen, Sie können sich sehr gut vorstellen, welcher großer Schaden durch die dauernde kommunistische Propaganda hervorgerufen wird. Was muß der junge Bergmann, der ins Berufsleben tritt, der vielfach aus ländlichen Gegenden zugewandert ist, was muß die Bergmannsrau, die ihre häuslichen Pflichten zu erfüllen, aber

keine gewerkschaftliche und politische Schulung genossen hat, denken, wenn sie täglich hören und lesen können, daß in der Verbandsleitung Menschen sitzen, die sich täglich ihr Gehirn damit zermartern, wie sie die Bergarbeiterchaft an das Unter- nehmertum verraten und verkaufen können! Hier liegt der Hauptgrund dafür, daß es mit unserem Aufstieg nicht vorwärts geht. Wir werden nur dann wieder aufsteigen, wenn alle unsere Funktionäre und vorwärtstrebenden Mitglieder in der Kleinarbeit wieder das leisten, was früher geleistet wurde und was der Verband von ihnen erwarten kann und muß.

Wir werden aber auch mit der kommunistischen Seuche — als solche möchte ich sie bezeichnen — fertig werden. Wir wer- den mit ihr ebenso fertig werden, wie wir schon manche andere Schwierigkeiten, vor denen wir standen, überwunden haben. Es geht zunächst um die Gesundung und um das Ver- trauen. Beides müssen wir von innen heraus stärken.

Wir haben jedoch in den letzten Jahren in der Gewinnung der Herzen und Schulung unserer Funktionäre schon sehr viel geleistet. Rund 3000 Funktionäre sind durch die Wochen- f urte unseres Verbandes gegangen und so mit dem Gewerkschaftsgedanken und dem Streben unseres Verbandes viel eher vertraut gemacht worden, als das bis dahin möglich war. Die führenden Kameraden unseres Verbandes und die Fachreferen- ten konnten ihnen aus der Arbeit des Verbandes vortragen und sie wurden gegenfettig bekannt. Die Berichte, die uns von den Teilnehmern über die Kurse zugeandt wurden, ergeben, daß die dort erhaltenen Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind und sich vielfach schon auszuwirken beginnen.

Von der Bundeschule in Bernau, wo wir jetzt im Juni den ersten Kursus unseres Verbandes mit 40 Teil- nehmern abhalten konnten, erwarten wir eine ähnliche Wir- kung. 30 Teilnehmer dieses Kurses waren Mitglieder des Be- trieberrats, 20 waren Vertrauensleute, 25 Arbeitsrichter, 10 Ju- gendführer und 7 Knappschäftsälteste. Im Durchschnitt hatte jeder Kursteilnehmer etwas mehr als drei Funktionen in der Arbeiterbewegung zu bekleiden. Diese Kameraden sind nunmehr in ihr Wirkungsfeld zurückgekehrt. Sie werden besser noch als bisher in der Lage sein, aufklärend zu wirken, um dadurch dem Verbands zu nützen.

Neben diesen Wochenkursen und der Bundeschule besichtigt unser Verband regelmäßig die Wirtschaftsschulen in Düsseldorf und Berlin und die Arbeiterakademie in Frankfurt am Main mit je drei bis vier Kameraden. Auch über den Besuch dieser Schulen durch Verbandsmitglieder kann mir Gutes berichtet werden. Wir haben schon eine ganze Reihe von tüchtigen Funktionären und Angestellten, die diese Schulen besucht haben. Sie ersehen hieraus, daß unser Verband alles tut, um die Funktionäre und Mitglieder unseres Verbandes zu schulen und sie für ihre große Aufgabe vorzubereiten.

Unsere Bestrebungen, die Jugend für uns zu gewin- nen, sind alt, die Widerstände aber, die sich uns auf diesem Gebiet entgegenstellen, außerordentlich groß. Die Freude am Bergmannsberuf ist gering. Nur noch wenige Jugendliche wollen ihn ergreifen und die Mechanisierung des Wirtschafts- lebens macht in immer stärkerem Maße jugendliche Arbeits- kräfte überflüssig. Die wenigen, die dann noch Beschäftigung finden, nimmt oft der Sportplatz so in Anspruch, daß wir große Mühe haben, sie mit dem gewerkschaftlichen Gedanken vertraut zu machen. Trotzdem haben wir auch hier erfolgreich arbeiten können. Während der letzten beiden Jahre sind nicht weniger als 3000 jugendliche Kameraden aufgenommen worden. Ich brauche wohl nicht zu sagen, wie sehr wir uns über diesen Zuwachs freuen. Helfen Sie durch Ihr persönliches Betragen, durch ein freundliches Wort und besonders durch kameradschaft- liche Einstellung zu unseren jungen Kameraden mit, daß sie das Vertrauen zu Ihnen, die Sie ja als Funktionäre den Verband verkörpern, gewinnen, damit uns der Nachwuchsstrom nicht verloren- geht und erfolgreiches Wirken des Verbandes auch für künftige Jahre und Jahrzehnte gesichert ist. Daß wir von der Verbands- leitung uns auch bemüht haben, in der Propaganda alle Wege zu gehen, zeigt die Ausarbeitung des Bergarbeiter- films, der in allen Bergarbeitergegenden gelaufen ist und den sicher viele von Ihnen persönlich gesehen haben.

Was wir in agitatorischer Beziehung von der Spitze her leisten können, ist aber immer nur gering.

Das Schwergewicht der Agitation liegt in den einzelnen Zahlstellen, liegt bei jedem Funk- tionär und bei jedem einzelnen Mitglied.

Ich weiß auch, daß es im Augenblick besonders schwer ist, auf Agitation zu gehen. Dennoch bin ich der Meinung, daß die vielen Feiertage und die Arbeiterentlassungen die Berg- arbeiter zur Besinnung bringen müssen. Wir haben in der Vorkriegszeit meistens in den Krisenzeiten Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt. Möge jetzt die Freizeit, die die entlassenen Kameraden und diejenigen, die von Feiertagen betroffen sind, zur Verfügung haben, dazu benutzt werden, um im ver- stärkten Maße auf der ganzen Linie mit der Werbung ein- zusetzen und neue Mitglieder zu gewinnen.

Aus meinen bisherigen Ausführungen konnten Sie ent- nehmen, daß die hinter uns liegenden Jahre 1928 und 1929 Jahre aufreibender Arbeit und des Kampfes gewesen sind. Von unseren Funktionären, und zwar vom Beitragskassierer bis zum Angestellten, ist inner- und außerhalb des Betriebes, der Zahl- stellen, Geschäftsstellenbezirke und der Zentrale des Verbandes aufopfernde Arbeit geleistet worden. Ich möchte auch in diesem Jahre nicht verfehlen, von dieser Stelle aus allen, die in den verflochtenen Jahren fleißig mitarbeiteten, namens des Ver- bandes und der Verbandsleitung den herzlichsten Dank auszu- sprechen. Der größte Dank, den unsere Funktionäre aber finden können, liegt darin, daß ihre Arbeit anerkannt und daß ihrer Arbeit auch Erfolg beschieden ist. Vieles wurde erreicht, vieles, ja sehr vieles bleibt aber auch noch zu tun übrig. Es wird Aufgabe dieser Generalversammlung sein, Wege zu zeigen, auf denen wir das noch nicht Erreichte erreichen können. Die Kräfte sind zu messen und zu fühlen und die Vorbedingungen zu schaf- fen, damit unser Verband in gemeinsamer Arbeit weiterhin als Pionier, wie Theodor Leipart in seinem Beitrag für unsere Subiläumsnummer sagte, für die Bergarbeiter, für die Bergbau- wirtschaft und das vorwärtstrebende Proletariat kämpfen kann.

Ich habe nun versucht, Ihnen über die wichtigsten Arbeits- gebiete des Verbandes zu berichten. Die Diskussion ist dazu da, daß Sie prüfen, ob die Verbandsleitung und die übrigen Ver- bandsinstanzen in der verflochtenen Berichtsperiode das Richtige getroffen und ob sie ihre Pflicht und Schuldigkeit nach jeder Richtung hin getan haben. Die Debatte wird auch Wege zeigen und Sie werden aus Ihren Erfahrungen uns Fingerzeige geben können, damit unsere Generalversammlung befruchtend auf unser Verbandsleben wirkt. Wir werden auch nach neuen Wegen suchen und prüfen, was wir in der Zukunft leisten kön- nen, um vorwärts zu kommen. Möge Ihr Urteil ein sachliches sein, denn nur dadurch werden Sie der gemeinschaftlichen Sache, der wir uns alle geweiht haben, dienen können. Unser Mandat ist jetzt abgelaufen; wir legen es in Ihre Hände zurück.

HAUS UND LEBEN

Das Göttliche.

Eine solch großartige Gestaltungsaufgabe, wie sie die Welt der wirtschaftlichen Gemeinschaft bedeutet, setzt unbedingt Erfordernisse an den Menschen voraus. Nur der Mensch kann ein Werk gestalten, der von seinem Schaffen innerlich durchdrungen ist. Der innerlich schwache Mensch kann nie ein Werk von Kraft vollbringen, der kleinliche Mensch nie ein Werk von Größe. Stets ist die Tat der Ausdruck einer Seele.

Damit hängt der Gewerkschaftskampf als Aufgabe von allem ab, das den Menschen beeinflusst und bildet, und dazu gehört auch die Auffassung, die der einzelne Mensch sich von Welt und Leben macht. Wo ist die treibende Kraft der Welt? Welche Stellung hat der Mensch im Weltgetriebe? Ist Welt Entwicklung? Und kann der Mensch diese Entwicklung selber fördern? Und wenn er es wohl vermag, dann wie?

Kann er es? — Ja! — Und wie? — Durch eigene Kraft! — Du mußt an Zukunft glauben und an dich. An Kampf und Sieg. Das ist die ethische Voraussetzung, die die gewerkschaftliche Bewegung an den Menschen stellt. Du mußt ein Kämpfer sein mit großem Ziele, Charakter, ganz Mensch.

„Das Wert der Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.“ Das ist eine Erkenntnis von unerhörter ethischer Wucht. Sie setzt Kämpfer voraus. Menschen der Tat. Menschen, die in dieser Tat vertrauen auf sich allein und die Kraft ihrer verbundenen Kampfenossen.

Dadurch hebt der Gewerkschaftskampf aus seinem ganzen großartigen inneren Wesen heraus feste weltanschauliche Grenzen. Er duldet die weltanschauliche Ueberzeugung gewiß, doch nur innerhalb dieser seiner Wesenheit. Er läßt denken und fühlen, wie jeder es will, doch läßt er nur denken und fühlen aus einer freien, stolzen und selbstbewußten menschlichen Kämpferseele.

Das ist das Große der Welt, das sich da in deiner Kraft regt. Und wenn du es tausendmal überall fühlst, dieses Bestimmende, diesen führenden Sinn, da in deiner Kraft ringt er nach neuer, lebendiger, schöpferischer Gestaltung.

Wenn du an „Gott“ glaubst, kannst du ihn dann großartiger erleben als in Tat, in Werk, in der Gestaltung, die die höchsten sittlichen Werte in sich birgt?

Und wenn du ihn nicht kennst und Namen ablehnst: es ist etwas Hohes und Heiliges um diese Kraft, die da aus deiner strebenden Seele ins lebendige Dasein ringt.

Dein Kampf ist der sittliche Kernpunkt des Geschehens. Es ist der Mittelpunkt der sittlichen Welt. Erzwingt dem Menschen seine Freiheit! Und was du sonst auch noch glaubst: dann wird diese Göttlichkeit zur Wirklichkeit. Dr. Gustav Hoffmann.

Not im schwarzen Revier.

Helles Sonnenlicht flutet warm über die riesenhaften Schloten und Fördertürme. Unermüdet drehen sich die Räder in den Köpfen der Schachtgerüste. Knirschende Stahlteile, an denen schwere Körbe hängen, ziehen mit rasender Geschwindigkeit wertvolle Schätze zu Tage. Feuerbrände stürzen lavaähnlich aus den glühenden Koksöfen. Dampf Wolken zischen auf und zerfließen in bleigrauer Luft. Zwischendurch ertönt der Gesang der Maschinen, mischt sich in den Lärm der Straßen, den der Wind verschlingt. Städte mit ihren Riesensteinleibern pressen sich zusammen zu einem Steinmeer, in dem Millionen Menschen leben und atmen.

Ruhrgebiet. Land der Kohle und des Eisens. Herzschlag Deutschlands, Kraft und Lebensstrom der deutschen Wirtschaft.

Schichtwechsel.

Schon in meiner frühen Kindheit nahm mich mein Vater häufig mit bei seinen Wanderungen. Wir gingen durch die Täler, stiegen auf steilen Pfaden nach dichtbewaldeten Bergkuppen und oft war es schon dunkel, wenn wir an den Rückweg dachten. Es kam mitunter vor, daß mein Vater plötzlich stehen blieb und schweigend hinunter sah in die weite Tiefe, wo Hochöfen glühten, wenn der Abend den fahigen Rauch im Tale verschlang. Ich durfte ihn dann nicht stören, sonst wurde er ärgerlich. (Er sei ein komischer Kauz, sagten die Leute oft.)

Einmal fragte ich ihn doch, weil meine kindliche Neugier damit nicht allein fertig werden konnte: „Was sind das für Lichter dort unten, die so aneinander vorbeiziehen?“ Der Vater mochte an irgend etwas anderes gedacht haben, denn er suchte sich erst zurückzufinden, sah an meinem ausgestreckten Arm entlang und meinte: „Wo? Ach so, dort unten; das ist Schichtwechsel.“ Dann brummte er noch etwas vor sich hin und wandte sich zum Gehen. Ich hätte nun gern gewußt, was Schichtwechsel ist, aber ich traute mich nicht weiter zu fragen und erzählte es daheim der Mutter: wie man abends, wenn es finster ist, eine Reihe winziger Flämmchen sehen könne, die im Tale entlang wandern quer übers Feld und wie andere Lichter entgegenkämen und daß es sehr schön aussehe wie kleine Glühkäfer.

Die Mutter verriet mir dann, es seien die Grubenlampen der Bergleute, die sich von der Arbeit ablösen. Damals, in meiner Kindheit, mußten die Bergleute teilweise noch in kleinen Tagesgeschichten einfahren, die ziemlich weit voneinander entfernt lagen. Sie hatten oft ein gut Stück zu laufen. Gern hätte ich noch mehr gewußt, aber der Vater erschien in der Küche und schickte mich in die „Taberne“, eine kleine Kneipe, zwei Häuser weiter; dort mußte ich jeden Abend kein Bierglas füllen lassen.

Die „Taberne“ war eines der ältesten Gasthäuser in unserer Bergstadt. Sie lag an der Straße, auf der die Bergleute von der Grube kamen. Viele von ihnen gingen hinein, ließen sich einen Korn einschenken und pilgerten weiter. Manche blieben auch länger drinnen. Sie kamen dann immer laut singend wieder heraus. Ich weiß es noch: es waren zumeist kleine, hochrückige Gestalten mit mageren Gesichtern. Sie mußten sich den Kohlenstaub hinunterweisen, sagten sie, wenn sie am Schenkeltisch das weißliche Getränk verlangten.

Als ich an jenem Abend Waters Bier eingesehen erhielt, fiel mir ein jüngerer Mann auf, der mit einem Bergmann an einem der vorderen Tische saß. Der Bergmann sagte immer „Herr Steiger“ zu ihm. Ich dachte, der andere heiße so, obgleich mir die Anrede auffiel, denn die Bergleute riefen sich immer mit dem Vornamen an. Vielleicht war es nur diese kleine Besonderheit, daß ich mir das Gespräch merkte. Mit geringen Unterbrechungen erklärte er eine: „Es geht nicht, lieber Wagner, die Abteilung ist voll. — Warum sind Sie damals von der Grube weggegangen? — Ich darf jetzt keinen mehr aufnehmen.“ Der andere hob die Achseln ein wenig und sah in sein

Du sollst nicht töten!

(Zum 16. Jahrestag des Weltkrieges.)

Donnergrimm rollt ein Ehrensalut
Am Grab der Ehrenfriedhofssoldaten.
Herren in Frack und Zylinderhut
Feiern ergriffen die Heldentaten
Mit Wilhelm-Trara und Bibelzitat.

Vorschriftsmäßig schwammelt der Bauch
Beim kriechervereintlichen Pautengebröhne.
Dem Pimpf* außer Diensten schwammelt er auch
Beim Vaterlandsdank an die Heidenöhne.
Mensch, haßte Töne?!

Bumm! brüllt das heilige Kanonetroh.
Unten erwacht vom Schreck ein Soldate.
Er schiebt des Schädels Granatloch vor,
Zu hören, was oben man rate und late
Dem schönsten Mann im Staaate.

Fast ist es so, wie damals es war
In jenen irrinnigeschwollenen Tagen.
Sie wollen für Rex und Sultan und Jar
Mit Gott den gallischen Hahn erschlagen
Und Gold für Eisen nach Hause tragen.

Der ordenbeklempnerte Kriechertroß
Hört nicht den Fluch des toten Mutschlöten.
Der Herr Major schnarret hoch vom Roß:
Holzgewehr über! (Du sollst nicht töten!)
Jetzt laßt uns einen verlöten!

Victor Kalinowski

* Abgekürzt: Pfarrer im Felde.

Millionen Menschen kämpfen hier hart ums Dasein. Sie steigen hinab in grausame Tiefen, stehen in heißen, dunstenden Hütten und Walzwerken, bohren und hämmern in dumpfen Werkstätten, fahren auf rollenden Zügen, haften gespannt von früh bis spät in großen Warenhäusern oder sitzen in muffigen Büros, um ihr tägliches Brot zu verdienen. Millionen Menschen, gedrängt und gepreßt in ruhige graue Steinmauern, greifen mit harten, schwieligen Händen oder fiebernden Hirnen schicksalsbestimmend ein in den Mechanismus unserer Wirtschaft. Werke von gigantischer Wucht, die des Nachts ihre Feuerfahnen grell zum Himmel flattern lassen, strecken sich finster durch die Landschaft. Sie sind das Ergebnis mühevoller Arbeit, die Zeugen eines Wirtschaftsaufstieges deutscher Industrie. Ubertausend Menschen sind verwebt, verflochten mit den Werten. Freude und Lust, Not und Tod lacht und grinst stumm und ungelesen über dem Revier. Durch die Straßen der Städte jagt und puffert das fiebernde

Leben. Der Verkehr fließt, stößt, lärmt und brüllt mit tausendfachem Gesang zwischen dem Rattern und Saufen sauchender Maschinen. Die Menschen suchen nach Glück und Freude, Lust und Wonne, denn das Leben ist kurz. Die „Besitzer“ der Kohle und des Eisens sitzen prohenhaft in ihren Villen, berechnen mit kalter Vernunft und rücksichtslosem Egoismus die Reingewinne ihrer Unternehmungen, rationalisieren, um noch höhere Profite zu gewinnen, und zerflören durch Stilllegungen und Massenentlassungen die Existenzen und das larme Lebensglück aber-tausender Proletarier. Vaterlandsliebe, Volksgemeinschaft ver-künden die Söldlinge des Kapitalismus. Rücksichtslose Aus-beutung, krasse Selbstsucht und drakonische Vergewaltigung der einfachsten Lebensrechte, die dem schaffenden Menschen gehören, vollführen sie. Riesengehälter zahlen die Unternehmer den Di-rektoren und höheren Angestellten. Hungerlöhne bekommen wir Arbeiter.

Durch das schwarze Revier zieht schwüle Gewitterstimmung. Blitze der Verzweiflung leuchten grell auf und in der Ferne grohlt dumpf der Donner eines schwer herausziehenden Ge-witters. In den engen Häusernvierteln endloser Steinquadern schleicht mit verzerrtem Gesicht die Not umher, knallt mit der Hungerpeitsche und streicht mit grauer, dürrer Hand den letzten Glanz aus den Gesichtern der Proletarier. Erwerbslos, Aus-gekeuerte, durch die Not Verkommene schlendern müde und verzweifelt durch die Straßen, während eine dünne Volkschicht nicht weiß, wie und wo sie ihren materiellen Ueberfluß lassen soll. Warum, warum ist es so? fragt sich mancher. Vielleicht denkt er nach und findet die Ursachen unseres Glends in der Uneinigkeit und Zersplitterung der Arbeiterschaft und der Ge-schlossenheit der Unternehmer gegen uns Arbeiter. Die Unter-nehmer sind reiflos organisiert. Wir nicht. Der Riese Proletariat schläft noch. Groß ist die Not, grinsend und vernichtend das Glend, welches der moderne Kapitalismus schafft. Kritizieren, Schimpfen auf den Verband, Verzweiflungsausbrüche und Ge-walttätigkeiten sind keine Lösungen, sondern geschlossene starke Gewerkschaften. Vorpfeilengefächte seitens der Unternehmer be-ginnen. Sie wagen durch die Geschlossenheit ihrer Organisation den Kampf um die Lohnkürzung und den Abbau der sozialen Leistungen. Die kommenden Kämpfe würden weit leichter und schlagkräftiger geführt werden können, wenn jeder Arbeiter, jeder Kumpel organisiert wäre. Mansfeld und die nordwest-liche Metallindustrie sind mahnende Zeichen auch für uns Berg-arbeiter an der Ruhr.

Im schwarzen Revier grohlt es unter den Massen. Arbeits-lofigkeit und Kurzarbeit nehmen bedrohliche Formen an. Soll das schwarze Revier ein Kampfplatz zerstörender Kräfte werden? Gleich einem verbedeten Vulkan ist das Revier. Wehe, wenn die Lavamasse die Hülle durchbricht. Die Unternehmer werden es darauf ankommen lassen. Wir brauchen uns nicht zu fürchten. Auch wir sind gerüstet. Unererschütterlicher Glaube, froher Kampfesmut, ein geschlossener Verband wird uns zum Siege verhelfen. Walter Geier.

Die 30. Beitragswoche

läuft vom 20. bis zum 26. Juli 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Kornglas: „Ich konnts halt nimmer; 's war zu schwer für mich — damals... Jetzt will ichs wieder versuchen...“

Der Herr Steiger schwieg. Der Bergmann meinte dann noch: „Vielleicht später; ich denke... es kann doch vorkommen, daß einer von den Kumpeln... nichts für ungut, ich wünsche es ja keinem...“

Die anderen Worte verstand ich nicht mehr. Der Wirt hatte mir das Glas zurückgegeben und die Tür geöffnet. Wahr-scheinlich zeigte er soviel Vorsicht, weil ich wenige Tage zuvor über die Schwelle gestolpert und hingefallen war.

Nach dem Abendbrot durfte ich gewöhnlich noch für eine kurze Stunde zu Onkel Thienel gehen. Es war gewissermaßen mein angestammtes Recht. Onkel Thienel wohnte zwei Stock über uns und wurde von mir nur Onkel genannt, weil er es mir so geraten hatte. Er war, wenn ich mir ihn heute vorstelle, etwa dreißig Jahre alt. Seine Frau freute sich sehr, wenn ich kam, und legte manchmal sogar ihre Schneiderarbeit weg.

Onkel Thienel arbeitete auch in der Grube. Er hatte ganz große Hände und hob mich damit bis zur Decke. Viermal, fünfmal tat er das, bis ich sagte: Genug! Dann kletterte ich ihm auf die Schultern und er trug mich im Marschschritt durch die Stube. In der Ecke stand ein Schemel. Wenn Onkel Thienel nicht schuferte, durfte ich mich darauf legen. Er machte nämlich die Schufterarbeiten für sich und seine Frau selbst, worüber ich sehr erstaunt war. Ich sah ihm dann lange zu, wie er geschickt die Holznägel in das Sohlenleder einschlug; und dabei war er doch kein richtiger Schufter wie der alte Zentler in der Gerber-gasse. Trotzdem Thienels keine Kinder hatten, mit denen ich spielen konnte, gefiel es mir bei ihnen besser als anderswo. Manchmal aß ich mit Onkel Thienel Mittag. Kraut und Brat-kartoffeln gab es sehr oft. Es schmeckte mir ausgezeichnet, nur durfte ich meiner Mutter nichts sagen, sie schalt mich dann: Thienels hätten noch viel weniger als wir, ich dürfe es nicht annehmen.

Als ich das Frau Thienel sagte, nahm sie mich auf ihren Schoß und lachte mich aus. Dabei hatte sie so schimmernde Augen. Sie sagte: „Wenn du nun unser Märkt, müßt es auch reichen!“ Mit der Hand strich sie mir ein paar-mal über den Kopf.

So kletterte ich weiter jeden Abend nach dem dritten Stock und blieb die gewohnte Stunde bei Onkel Thienel. Wenn er nachts zur Grube mußte, ging er schon zeitiger weg. Ich saß dann noch bei seiner Frau. Aber da war es stiller, und manch-mal sah sie mich lange an und hatte dann wieder so schimmernde Augen.

Eines Abends sagte mein Vater zu mir — es war beim Abendbrot —, ich dürfte heute nicht zu Onkel Thienel gehen. Er sagte es, ohne mich anzuschauen, und trant Tee, der so heiß war, daß er sich verbrannte. Er schimpfte aber gar nicht, wie er es sonst wohl getan hätte. Auch vergaß er heute, mich nach Bier zu schicken. Ueberhaupt war alles so sonderbar. Nach dem Essen las er der Mutter aus der Zeitung einen langen Abschnitt vor von einem großen Unglück in der Stadt. Ich hörte da zum ersten Male Worte wie: Stollen, Schlagmetter, die ich mir

merkte, weil sie nicht so schwer waren wie die anderen. Auch das Wort Schichtwechsel kam dabei vor.

Draußen in der Küche fragte ich später meine Mutter, warum ich nicht zu Onkel Thienel gehen dürfe. Sie nahm mich beiseite und meinte, ich würde Onkel Thienel nicht mehr sehen können; in der Grube, tief unter der Erde sei er gestorben.

Als ich am nächsten Abend in der „Taberne“ Bier holte, sah wieder der Herr Steiger mit dem Bergmann zusammen. „Hierumzwanzig fehlen. In meiner Abteilung elf. Ich habe Sie mit vorgemerkt“, sagte der Herr Steiger.

Sie sprachen dann noch eine Weile. Der Bergmann meinte: „Wissen Sie, Herr Steiger, ich mach mir jetzt Vorwürfe, daß ich vor ein paar Tagen... aber an sowas denkt man doch nicht, sowas will doch keiner von uns...“

„Aber, lieber Wagner, Sie machen sich unnötige Kopf-schmerzen. Das ist Schicksal, da kann keiner etwas machen! Der eine von uns fällt, der andere tritt an seine Stelle. Das war schon immer so.“

Die anderen Bergleute saßen weiter hinten an ihren Tischen. Sie unterhielten sich, wie es mir schien, leiser als sonst. Auch sang an diesem Abend keiner, wenn er auf die Straße trat.

Ich wußte mit dem Gespräch der beiden Männer nichts Rechtes anzufangen. Man behält sich manchmal etwas aus frühester Kindheit, das wenig inhaltlichen Wert trägt. Vielleicht blieb es im Gedächtnis haften, weil mir die beiden vor einigen Tagen durch die ungewöhnliche Art der gegenseitigen Anrede aufgefallen waren. Irgendwie lastete aber in jenen Tagen eine schwere Stimmung über meiner Umgebung. So brachte ich alles mit dem armen Onkel Thienel in Zusammenhang, der tief in der Erde gestorben war, wie mir die Mutter erzählt hatte.

Als wir eines Sonntags abends über den Berg nach der Stadt zurückwanderten, sah ich wieder jene kleinen Lichter im Tale. Ich blieb stehen und hielt die Mutter am Rock fest.

„Das sind doch die Bergmänner mit ihren Lampen“, fragte ich, stolz, daß ich mich ihrer Erklärung noch erinnerte. Die Mutter nickte. Und plötzlich dachte ich an Onkel Thienel und fragte weiter, ob er auch dabei sei.

„Nein, er ist doch gestorben! Früher war er auch dabei!“ „Wo ist denn jetzt seine Lampe?“ Diese Lösung schien mir damals das Wichtigste zu sein. Die Mutter verstand mich so gut und legte ihren Arm um meine Schultern:

„Die ist dort oben aufgehängt“, sagte sie und zeigte nach den Sternen am Himmel. „Das große, schöne Licht, das so funktelt — das ist Onkel Thienels Lampe.“

Ich schwieg für einen Augenblick. „Und alle Bergmänner, die unter der Erde sterben, dürfen ihre Lampen am Himmel aufhängen?“ fragte ich.

„Ja“, sagte die Mutter, „damit wir sie sehen, damit wir immer an sie denken, an Onkel Thienel und die anderen.“ So, wie es mir die Mutter erzählte, verstand ich es damals schon. Aber welche Gedanken sie mitgab, weiß ich heute erst, wenn ich die Rauchfahnen unter trübem Himmel halbmaß über die Halben flattern sah. O. F. Heinrich.

Preissenkung durch Lohnsenkung.

Ein reaktionäres Intrigenpiel.

P. Z. Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion steht gegenwärtig die Frage der Preissenkung. Es soll durch Preissenkung ein steigender Warenumsatz erzielt werden. Das hätte zur Folge, daß mehr Waren produziert werden müßten, also auch mehr Arbeiter beschäftigt werden könnten. Das Endergebnis wäre: Verminderung der Arbeitslosen, was ja zur Zeit die Hauptfrage der Wirtschaftsgesellschaft bildet.

Nun ist bekannt, daß man auch in der Praxis eifrig am Werk ist, möglichst schnell eine fühlbare Preissenkung auf dem gesamten Warenmarkt zu erreichen. Das ist natürlich zu begrüßen. Nur den Weg, den man hierzu eingeschlagen hat, lehnen wir ab.

Man will bekanntlich den Preisabbau ermöglichen durch Lohnabbau. Wir haben zu diesem Vorhaben schon in früheren Artikeln Stellung genommen. Wir haben auch darin aufgezeigt, daß ein Preisabbau auf Kosten der Arbeiterlöhne die erhoffte Wirkung nicht auslösen wird.

Wir sagten auch, daß die Preise herabgesetzt werden könnten ohne Lohnsenkung. Freilich ist damit ein Kapitalverlust für die Unternehmer verbunden. Das ist aber unvermeidlich und bedeutet nur rein rechnerisch einen Verlust. In Wirklichkeit gewinnt der Unternehmer. Durch den vorübergehenden Verlust wird die Wirtschaft wieder flott und angekurbelt, so daß in der Aufstiegsperiode sein Verlust wieder mit Zinsen hereingeholt werden kann.

Einzelne Kreise, auch im Unternehmerlager, haben das schon eingesehen. Vornehmlich sind das amerikanische und englische Unternehmer.

Aus diesen Kreisen wurde auch schon scharfe Kritik geübt an der Politik des deutschen Unternehmertums. Besonders haben wir solche kritische Stimmen aus England gehört. Man vertritt immer mehr den Standpunkt, daß die Arbeitslöhne auch in der Krise möglichst gehalten werden müßten. Auch in der Praxis scheint man im Auslande so weit wie möglich schon nach dieser Auffassung zu handeln.

Es zeigt sich nämlich, daß die Preissenkungsaktion im internationalen Rahmen sich vollzieht.

Aber nur in Deutschland wird versucht, damit offiziell eine Lohnsenkungsaktion zu verbinden.

Wer hörte z. B. etwas vom allgemein geforderten Lohnabbau im Auslande? Niemand!

Die Preissenkung aber ist im Auslande schon längst im Gange. Und zwar ist dieselbe in sehr starkem Ausmaße feststellbar. Man braucht ja nur an die Preissenkung für Rohstoffwaren zu erinnern. Nachstehend eine kleine Tabelle hierzu. Danach sind die Preise, nach dem Wochenbericht des Konjunkturinstituts Nr. 14, seit Juni 1929 bis Juni 1930 heruntergegangen für:

Kupfer	um 33 Proz.	Fachs	um 22 Proz.
Blei	um 24 Proz.	Jute	um 27 Proz.
Zinn	um 40 Proz.	Rohseide	um 33 Proz.
Zinn	um 31 Proz.	Rindschäute	um 18 Proz.
Wolle	um 29 Proz.	Schrott	um 33 Proz.
Baumwolle	um 29 Proz.	Rautschul	um 40 Proz.

Hier handelt es sich also um Waren, die von der Preisbildung im Auslande abhängig sind. Es zeigt sich, daß die Preissenkung für dieselben ganz enorm ist. Sie hat sich ohne viel Geräusch und einfach zwangsläufig vollzogen.

Interessant ist das aber gerade zur Beurteilung der deutschen Unternehmerpolitik.

Der Hinweis auf den teuren Rohstoffbezug aus dem Auslande war bei den deutschen Unternehmern bis vor einem Jahre besonders beliebt. Damit entschuldigten sie alles. Sowohl hohe Preise als auch ihr Widerstand gegen Lohnsenkungen führten sie auf die teuren Rohstoffpreise im Auslande zurück.

Nun sind die Rohstoffpreise enorm gesunken, aber das Wehegeschrei unserer Unternehmer klingt lauter als je zuvor. Sie sind eben grundsätzlich für hohe Preise und gegen hohe Löhne. Nachdem nun der Zwang zur Preissenkung unwiderstehlich wird, wollen sie wenigstens auch die Löhne mit herunterreißen.

Man könnte man die Preissenkung für die Rohstoffe auf dem Weltmarkt für eine Ausnahmeerscheinung halten. Aber das wäre eine Verkennung der Tatsachen. In Wirklichkeit ist die Preissenkung im Auslande allgemein feststellbar. Nicht nur die Rohstoffe sind im Preis gesunken, sondern das allgemeine Preisniveau.

Hierzu eine Vergleichstabelle der Reichsreditgesellschaft aus deren Wirtschaftsbericht.

Danach zeigen die Preise folgende Entwicklung (1926 = 100):

	1. Vierteljahr 1929	1. Vierteljahr 1930	Mai 1930
Ber. Staaten von Amerika	97,0	92,0	89,1
England	93,7	86,5	82,4
Holland	100,7	86,9	81,4
Schweiz	98,6	91,7	88,3
Schweden	96,6	85,9	—
Deutschland	103,7	96,3	94,0
Frankreich	116,3	97,4	94,0
Belgien	104,2	95,8	93,3
Italien	103,1	92,4	87,0
Polen	114,4	97,1	—

Man sieht, daß das gesamte Preisniveau erheblich gesunken ist. Am wenigsten aber in Deutschland und Frankreich. Für Frankreich liegt die Erklärung darin, daß dort wegen seiner lang anhaltenden Frankentwertung die Preise immer schon verhältnismäßig niedrig waren. Auf alle Fälle also zeigt das Auslande eine stärkere Senkung als Deutschland.

Wo aber hört jemand von einem Schrei des Auslandes nach allgemeinem Lohnabbau?

Das einzige, was hierüber zu hören war, kam aus Amerika. Dort wurde zwischen Unternehmern und ein-

zelnen Arbeitergruppen vor Jahresfrist vereinbart, daß die Löhne vorläufig unverändert bleiben sollten. Also lediglich eine Lohnsenkung sollte vorläufig nicht stattfinden. Ebenso wenig aber auch eine Lohnkürzung.

Daneben aber lief dann die Preissenkungsaktion. Das ist also gerade dasjenige, was die Gewerkschaften in Deutschland ebenfalls verlangen. Uns geht es ja nur um die Steigerung der Kaufkraft. Ob man hierzu die Löhne erhöht oder die Preise senkt, ist gleich. Die Wirkung ist dieselbe.

Aber das wollen die Unternehmer ja gar nicht. Besonders scheint das für den deutschen Handel zuzutreffen.

Man kommt wenigstens zu dieser Ansicht, wenn man sich die Preisentwicklung etwas näher ansieht in ihren einzelnen Phasen zwischen Rohstoff- und Kleinverkaufspreis. Es läßt sich nämlich folgendes feststellen:

Die Rohstoffpreise sinken. Ebenfalls die Großhandelspreise. Die Kleinverkaufspreise aber folgen nicht im gleichen Verhältnis.

Hier also sängt der Handel bei uns die Preissenkung auf in Extraprofiten.

Ist es da ein Wunder, wenn sich die Arbeiterschaft so verzweifelt gegen die neue Politik: Preissenkung gegen Lohnsenkung, wehrt?

Nachstehend eine kleine Tabelle aus obengenanntem Wochenbericht des Konjunkturinstituts, die unsere Behauptung bestätigt:

Bewegung der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten.

Bedarfsgruppen	Anteil der Großhandelspreise am Einzelhandelspreis in %	Indexziffern (1926 = 100)		
		Jahresdurchschnitt 1928	Monatsdurchschnitt	
			Oktober 1929	April 1930
Ernährung	60			
Großhandelspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse		105,1	103,0	87,4
Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel		105,5	100,5	98,9
Kleidung	20			
Großhandelspreise für Textilrohstoffe und Leder		122,7	104,2	91,9
Einzelhandelspreise für Kleidung		104,0	104,4	102,4
Heizung und Beleuchtung	30			
Großhandelspreise für Kohle		103,1	100,6	105,5
Verbrauchspreise für Heiz- und Leuchtstoffe		102,9	107,2	107,0
Sonstiges	10			
Großhandelspreise für Textilrohstoffe, Oel, Papier		98,3	98,9	82,2
Einzelhandelspreise für Hauswische, Seife, Zeitungen u. a.		100,4	102,7	103,4
Wohnungsmiete		125,8	126,6	127,6
Gesamtbedarf	38			
Großhandelspreise		105,7	103,0	88,2
Verbrauchspreise		107,4	108,7	104,4

Die Tabelle beweist unsere Behauptung. Die Senkung der Großhandelspreise dringt nicht — oder nur sehr langsam und nur teilweise — durch bis zum Kleinhandel. Der Einzelhandelspreis aber ist maßgebend nur für den Arbeiter.

Betrachten wir hierzu obige Tabelle etwas genauer. Bei der Ernährung ist der Großhandelsindex von 105,1 im Jahresdurchschnitt 1928 gesunken auf 87,4 im April 1930, also um 17,7 Punkte.

Der Einzelhandelspreis müßte jetzt um 60 Prozent von 17,7 Punkten gefallen sein, das wäre also um 10,6 Punkte.

In Wirklichkeit ist der Einzelhandelspreis für Ernährung aber nur um 6,6 Punkte gesunken.

Eine ähnliche Erscheinung ist in allen anderen Gruppen festzustellen. Greifen wir hier nur noch den Gesamtbedarf heraus.

Hier ist der Großhandelsindex gesunken von 105,7 im Jahresdurchschnitt 1928 auf 88,2 im April 1930, also um

17,5 Punkte. Der Einzelhandelspreis für den Gesamtbedarf müßte nun um 38 Prozent von 17,5 Punkten gefallen sein, also um 6,6 Punkte.

In Wirklichkeit fiel der Einzelhandelspreis um nur 3 Punkte.

Man sieht, für den Arbeiter birgt die Politik: Preissenkung durch Lohnsenkung, immer ein großes Risiko. Es ist nämlich so, daß man ja nie die Preise um den gleichen Prozentsatz kürzen will, als die Lohnsenkung ausmacht. Die Nordwestgruppe der Metallindustriellen hat das ja bewiesen.

Hier werden Lohnkürzungen vorgenommen von 5 bis 20 Prozent effektiv, während die Preissenkung nur ungefähr 3 Prozent beträgt.

Aber das ist ja auch leicht begreiflich, weil der Warenpreis, das heißt die Selbstkosten der Produktion in einer bestimmten Industrie, nicht nur in Löhnen besteht. Die Löhne machen nur einen Teil der Selbstkosten aus.

Nachstehend eine Tabelle, ebenfalls aus vorgenanntem Wochenbericht des Konjunkturinstituts, die den Anteil des Lohnes an den Selbstkosten in verschiedenen Industrien wiedergibt:

Schätzung des Anteils am Wert der Produktion in wichtigen Industriezweigen.

Industriezweig	Lohnkosten in % des Wertes der Produktion	Bemerkungen
Steintohlengewinnung	50	1928
Steintohlencokerei	19	1927
Braunkohlengewinnung	36	1928
Braunkohlenscheitelfabriken	15	1927
		1928; ohne Nebenbetriebe, Behälter und soziale Aufwendungen. Anteil, auch in den Wertschöpfungen, am Bruttowert der Produktion.
Dachfenbetriebe	7	
Flußschiffwerke	6	
Waldzweige	13	
Maschinenbau	25—35	rohe Schätzung!
Elektrotechnik	35—40	rohe Schätzung!
Kleinfertigungsindustrie	50—55	1927/28
Automobilindustrie	rd. 20	1927
Chemische Industrie	rd. 10	rohe Schätzung!
Textilindustrie insgesamt	15—18	1925
davon: Kammgarntwinnerei	12	1925
Wollweberei	16—17	1925
Baumwollweberei	10	1925
Baumwollweberei	17	1925
Seidenweberei	17	1925
Leberindustrie	rd. 10	1928
Schuhindustrie	rd. 20	1928
Papierherstellung	25—30	1927/28
Papierverarbeitung und Veredelung	35—40	1927/28
Porzellanindustrie	45—50	1928
Glasindustrie	30—35	1927
Uhrindustrie	40—45	1. Vierteljahr 1928

Zur Erkenntnis der Lohn- und Preissenkungsaktion lehrt diese Tabelle folgendes:

Wenn — sagen wir in der Steintohlengewinnung — jetzt die Löhne um 10 Prozent gesenkt würden, um eine Preissenkung zu ermöglichen, dann könnte letztere nicht wie beim Lohn 10 Proz. betragen, sondern nur 5,6 Proz. von 10 Prozent, also nur 5,6 Prozent.

Der Lohnanteil an den Warenkosten macht nämlich nur 5,6 Proz. (siehe Tabelle) aus. Deshalb kann auch die Preissenkung nur 5,6 Prozent von der Lohnsenkung betragen. Das heißt immer nur dann, wenn eine Preissenkung nur im Rahmen der Lohnsenkung erfolgen dürfte.

Daraus ergibt sich also folgendes:

Der Lohn wird um 10 Prozent gekürzt. Die Preise jedoch nur um — im angeführten Beispiel — 5,6 Proz. Somit setzt der Arbeiter also schon 4,4 Prozent zu. Hinzu kommt, daß sich die Preissenkung gar nicht voll auswirkt im Einzelverkauf, also dort, wo der Arbeiter seine Ware kauft. Dadurch also erstet ihm ein weiterer Verlust.

Man sieht, das Ganze ist nichts als ein reaktionäres Intrigenpiel. Am Ende steht immer eine Lohnsenkung und damit Verminderung der Kaufkraft. Das muß aber die Krise und die Abwärtsentwicklung immer mehr verschlimmern.

Will man das verhindern, dann bleibt eben nur der einzig mögliche Ausweg, die Preise weiter zu senken ohne die Löhne zu schmälern. Im Gegensatz zur Lohnsenkung bei Preissenkung muß sogar dort, wo es möglich ist, und das ist heute noch in vielen Industrien der Fall, der Lohn weiter erhöht werden. In dieser Absicht aber stehen die Arbeiter allein. Es ist deshalb doppelt notwendig, daß sie sich zu starker vereinter Macht zusammenschließen. Für die Bergarbeiter ist hierzu der Plak im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Das internationale Parlament der Arbeit.

Der Internationale Gewerkschaftskongress, der vom 7. bis 11. Juli in Stockholm tagte, war ein Beweis des immer mehr in Erscheinung tretenden Ansehens dieser organisatorischen Großmacht der Welt. Ein schönes Land mit starker Arbeiterbewegung war diesmal der Gastgeber. Den Rahmen des Kongresses bot eine Stadt reizvoll in ihrer Art und Lage. Was die Schweden ausboten haben, um den Delegierten der Gewerkschaften aus allen Erdteilen die Tagung so angenehm wie möglich zu machen, das wird nicht so leicht überboten werden können. Der Kongress wurde mit einem Begrüßungskonzert in einem schönen Lokal eröffnet, künstlerisch und würdevoll zugleich, wie es nur eine gastgebende Arbeiterbewegung bieten kann, die innerlich stark gefestigt ist und sowohl in der Kongressstadt als auch im Lande selbst eine Macht bedeutet. Wenn der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes in seiner Begrüßungsrede die Gewerkschaftsbewegung die gewaltigste Massenbewegung nannte, die die Geschichte kennt, so geben die Schweden ein Beispiel, mit welchen Mitteln dies zu erreichen ist und welche Rolle die Gewerkschaftsbewegung im Leben eines Landes zu spielen vermag. Bei dem Empfang des Kongresses durch die Stadt Stockholm war es ein Sozialdemokrat, ein ehemaliger Maurer, der als Vorsitzender des Stadtparlaments die Delegierten und Gäste des Kongresses begrüßte. So war denn der Kongress gut aufgehoben und der äußere Rahmen desselben würdevoll und für die Teilnehmer unvergesslich.

Was den Kongress selbst anbelangt, so bot dieser naturgemäß ein buntes Bild. Alle angeschlossenen Landeszentralen nebst den Berufsekretariaten waren vertreten. Daneben hatten nicht angeschlossene Länder, wie Ägypten, Australien, Britisch-Indien, Japan, Kuba, Neuseeland usw., Vertreter entsandt. Es waren somit alle fünf Erdteile vertreten. Außerdem waren Angehörige befreundeter Organisationen erschienen. So das Internationale Arbeitsamt, die Sozialistische Arbeiterinternationale, die Sozialistische Jugendinternationale, der Internationale Verband für Sport und Kultur usw. Der Kongress wurde vom Vorstand des IOB geleitet. Da der Vorsitzende des Bundes, Citrine (England), wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war und unser Kollege Leipzig aus dem gleichen Grunde fehlte, wurde der Kongress von J. O. H. A. U. (Frankreich) geleitet. Die deutsche Delegation wies insofern eine andere Belegung auf, weil eine Reihe Gewerkschaftsführer infolge ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete an dem Kongress nicht teilnehmen konnten. Man vermählte es, daß Deutschland mit der größten Mitgliederzahl in der Leitung des Kongresses nicht vertreten war.

Der Kongress wurde eröffnet vom Vorsitzenden J. O. H. A. U. Er gedachte mit einigen Worten der Erinnerung des verstorbenen Führers der schwedischen Gewerkschaften Thorberg. Es sind ungefähr zehn Jahre her, als der IOB in seiner heutigen Gestalt gegründet wurde. In diesen zehn Jahren ist unendlich

viel in der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessenerklärung der Arbeiterklasse und der Geltendmachung ihrer gesellschaftlichen Stellung geleistet worden. Die Welt ist eine andere als vor dem Kriege. Im Vordergrund der Entwicklung stehen Fragen wirtschaftlicher Natur. Ein internationaler Wirtschaftsfriede im Rahmen politischer Einheit muß angestrebt werden. Somit wird es sich um drei Dinge drehen: Wirtschaft, Sozialpolitik und Völkerverständigung. Der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes Johanson begrüßte den Kongreß auf das herzlichste. Einen breiten Raum der Verhandlungen am zweiten Tag nahmen die Begrüßungsreden der Gäste in Anspruch. Als erster sprach der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas. Zum fünften Male begrüßt dieser einen internationalen Gewerkschaftskongreß. Von Kongreß zu Kongreß ist das Verhältnis zwischen I.W. und I.G.B. inniger und besser geworden. Als Vertreter der politischen Arbeiterinternationale begrüßte Friedrich Adler den Kongreß. Er hob besonders die enge Verbundenheit der beiden Organisationen hervor. Für die Arbeiterjugend sprach Dillenauer (Berlin) und für die Arbeiter-Sportinternationale Deutsch (Wien). Es folgten Begrüßungsansprachen der Gäste aus Ägypten, Palästina, Japan, Neuseeland usw. Die Reden der Gewerkschaftsvertreter aus fremden Ländern ließen deutlich die verschiedenartigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse in den einzelnen Erdteilen hervortreten. Es wird noch einer Menge Organisationsarbeit bedürfen, ehe die Energie der fremddrängigen Arbeiter so weit geweckt ist, daß sie aus eigener Kraft unter Mitwirkung des I.G.B. ihr Los zu verbessern vermögen.

Da ein umfangreicher schriftlicher Bericht vorlag, konnte der Generalsekretär Sassenbach sich kurz fassen. Er betonte besonders die gute Zusammenarbeit des Sekretariats mit den angeschlossenen Landeszentralen und Berufssekretariaten. In der Aussprache bemängelte Kupers (Holland), daß der Kampf gegen den Militarismus seitens des I.G.B. nicht scharf genug geführt werde. Cool (England) wies die Zusammenarbeit mit den gegnerischen Organisationen vermieden wissen und wendet sich gegen die enge Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt.

Als erstes von den Referaten folgte dasjenige über die Wirtschaft. Eggert (Deutschland) erläuterte die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des I.G.B. Er sprach an Stelle Velparts, dessen Referat gedruckt vorlag. Das Wirtschaftsprogramm des I.G.B., das sich aus internationalen Forderungen und Forderungen für die einzelnen Länder zusammensetzt, läßt sich wie folgt zusammenfassen: Internationale und nationale Kontrolle der Kartelle und Trusts, vollste Publizität für alle Großunternehmungen durch regelmäßige Veröffentlichungen über Produktion, Absatz, Löhne, Rentabilität usw., Schaffung eines internationalen Wirtschaftsamt, Unterstützung dieses Amtes durch nationale Wirtschaftsräte (Reichswirtschaftsrat usw.), Kontrolle der Währungs- und Kreditpolitik unter Mitwirkung der Gewerkschaften, Förderung der öffentlichen Wirtschaft und insbesondere der Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, Erweiterung des inneren Marktes, der die Grundlagen aller wirtschaftlichen Tätigkeit bildet, Förderung des internationalen Güterausstausches, Aufstellung internationaler Mindestbedingungen für die Arbeitsverhältnisse zur Bekämpfung des sozialen Dumpings usw.

Das sozialpolitische Programm des I.G.B. wurde von Mertens (Brüssel) behandelt. Von der Entwicklung der internationalen Sozialpolitik ausgehend, kam er vor allem auf die Gestaltung derselben nach dem Kriege zu sprechen. Die Forderungen des I.G.B. bezüglich der Ausgestaltung der Sozialpolitik liegen in einer umfassenden Sozialversicherung, die die Fürsorge bei Krankheit, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit, dem Alter usw. erfaßt. Des ferneren wird gefordert: Einrichtungen zur Kontrolle und Verhütung von sozialpolitischen Schäden. Bezüglich der Arbeitszeit stellte Mertens die baldmöglichst realisierbare Forderung der 44-Stundenwoche auf. Man könnte sicher die 40-Stundenwoche als möglich betrachten, jedoch soll der I.G.B. sich im Rahmen des Möglichen bewegen. Die 44-Stundenwoche, überall durchgeführt, würde ein gewaltiger Fortschritt bedeuten.

Das Thema: „Die Abrüstung und der Frieden“ wurde von Jouhaux (Paris) behandelt. Die Gewerkschaftsbewegung hat seit jeher für den Frieden und gegen den Krieg gearbeitet. In der Abrüstungskommission des Völkerbundes sitzen auch Vertreter des I.G.B. Gewiß sind durch Abmachungen, wie z. B. Kellogg-Pakt, die Möglichkeiten des Krieges eingeschränkt worden. Die Sicherheitsverträge zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten liegen ebenfalls in dieser Richtung. Trotz alledem muß das Werk der Abrüstung von der Arbeiterbewegung energig gefördert werden. In diesem Sinne muß der I.G.B. die Forderungen erheben: sofortige Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen, internationale Kontrolle der Herstellung und des Handels von Waffen, Munition usw., Ausbau des obligatorischen Schiedsgerichts, Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker usw.

In seinem Vortrage über die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie legte der Engländer Hicks ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Demokratie ab. Demokratische Gesetze sind die Grundlage jeder fruchtbringenden Gewerkschaftsarbeit. Seit 1924, wo der Internationale Gewerkschaftskongreß zum ersten Male hierzu Stellung nahm, haben sich die Länder mit einer faschistischen Diktatur wesentlich vermehrt. Daneben gibt es noch eine andere Gewalt Herrschaft, die man koloniale Diktatur nennen kann. Diktatur ist Tyrannie, Unterdrückung von oben, Liebedienerei und Sklaverei von unten. Ihr gilt der Kampf der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf für die Demokratie muß geführt werden in enger Zusammenarbeit mit den sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder.

In der Aussprache befürwortete der englische Delegierte Brownley einen scharferen Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahren. Der Italiener Buzzzi wandte sich gegen die faschistische Diktatur in Italien, wobei zu beachten sei, daß das eigentliche Italien nicht für, sondern gegen den Faschismus eingestellt ist.

Die ganze Aufmerksamkeit des Kongresses wurde von der Frage der Sigverlegung des Sekretariats in Anspruch genommen. Im Namen der Vorbereitenden Kommission sprach Graßmann (Deutschland), welcher auf die Entwicklung dieser Frage seit dem Pariser Kongreß hinwies. Die Notwendigkeit der Sigverlegung wurde nicht von allen Delegiertengruppen anerkannt. Die romanischen Länder waren hauptsächlich dagegen. Nach längerer Aussprache stimmten in der Kommission folgende Länder für die Sigverlegung: Dänemark, England, Oesterreich, Ungarn, Deutschland und die Schweiz. Dagegen stimmten: Belgien, Frankreich, Holland, Spanien und Luxemburg. Im Plenum war das Verhältnis der Ländergruppierungen daselbe. Einige Kolonialländer stimmten noch für Berlin. Schließlich wurde die Sigverlegung des Sekretariats nach Berlin mit 55 gegen 30 Stimmen beschlossen. Außer den deutschen Stimmen war eine Mehrheit von 9 Stimmen für Berlin zustande gekommen. Zieht man die Mitgliederzahl in Betracht, so stimmten etwa

10 Millionen für Berlin und 2,5 bis 3 Millionen für Amsterdam oder waren unentschieden. Damit war diese Angelegenheit erledigt. Graßmann dankte für das dargebrachte Vertrauen, die deutsche Gewerkschaftsbewegung würde sich der übernommenen Verantwortung bewußt sein.

Von den angenommenen Entschlüssen grundrätlicher Art wollen wir diejenige über die Arbeitszeit besonders hervorheben. Der Kongreß forderte die Einführung der 44-Stundenwoche für alle Hand- und Kopparbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität. Die Neubestimmung des Postens eines Generalsekretärs wurde in der Weise erledigt, den derzeitigen Generalsekretär zu bitten, noch einige Monate auf seinem Posten auszuharren. Inzwischen soll ein geeigneter Kollege von Bedeutung gesucht werden. Damit war auch diese Frage erledigt. Bei Bekanntwerden des Unglücks in Neurode wurde seitens des Büros um die Ermächtigung gebeten, ein Beileidstelegramm an den deutschen Bergarbeiterverband abzugeben zu dürfen. Außerdem sandte der schwedische Bergarbeiterverband ein Telegramm. Auch unser auf dem Kongreß anwesende Ka-

merad Schmidt drückte durch ein Telegramm an die Bezirksleitung sein Beileid aus.

In der Schlussitzung wurde noch eine Reihe von Resolutionen angenommen. Ein indischer Gast lenkte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den Kampf des indischen Proletariats. Gemäß eines Antrages von Schweden wurde der alte Vorstand des I.G.B. einstimmig wiedergewählt. Mit einem begeistert aufgenommenen Schlußwort des Vorsitzenden Jouhaux fand der Kongreß am 11. Juli 18 Uhr sein Ende. Bevor der Kongreß auseinanderging, nahm der Vorsitzende Veranlassung, dem bald scheidenden Generalsekretär, unserem Freund Sassenbach, für seine außerordentlichen Verdienste um den I.G.B. herzlich zu danken. Der Kongreß unterstrich diese Worte durch eine stürmische Kundgebung. Das war wohl der beste Lohn, der diesem alten Gewerkschafter zuteil werden konnte.

Es liegt nun an den Hand- und Kopparbeitern aller Länder, sich die Beschlüsse des Kongresses zu eigen zu machen und um deren Durchführung besorgt zu sein.

In allen Zungen erklang zum Schluß die Internationale.

Beendigung des Streiks im Mansfeld.

Das Lohndiktat der Mansfeld W.G. abgewehrt.

Durch eine Entscheidung der preussischen Staatsregierung über die zu gewährende Subvention wird der Lohnkampf im Mansfeld beendet. Damit kommt eine Lohnbewegung zum Abschluß, die seitens der Arbeiter in einer mustergültigen Art und Weise geführt wurde. Die allgemeine Bedeutung dieses Streiks für die gesamte Arbeiterschaft ist nicht zu verkennen. Die Mansfeld W.G. hatte, als Mitte April der Kupferpreis einen gewaltigen Sturz erlitt, das Ansinnen an die Gewerkschaften gestellt, mit ihnen eine Vereinbarung über einen Lohnabbau infolge des Preissturzes zu treffen. Die Gewerkschaften lehnten ab. Darauf erfolgte seitens der Direktion die Anzeige auf Stilllegung der Betriebe beim zuständigen Demobilisierungskommissar. Gleichzeitig kündigte die Mansfeld W.G. den Lohnarbeitsvertrag für ihre Arbeiter zum 31. Mai. In oft geführten Verhandlungen zwischen den Tarifparteien konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Direktion hatte ein umfangreiches Notprogramm aufgestellt, in dem sie angab, daß nur bei dessen Durchführung die Weiterführung der Betriebe möglich sei. Das Notprogramm sah neben Steuerermäßigungen, Frachtermäßigungen usw. eine 15prozentige Lohn- und Gehaltskürzung vor. Nachdem die Parteienverhandlungen gescheitert waren, rief die Mansfeld W.G. den Schlichter an, der dann neue Verhandlungen ansetzte. Auch in diesen Verhandlungen konnte eine Annäherung der beiden Parteien nicht erzielt werden. Die Mansfeld-Verwaltung beharrte bei einer 15prozentigen Lohnkürzung. Die Gewerkschaften erklärten, daß infolge der mißlichen Lage der Arbeiter an einen Abbau der Tariflöhne nicht gedacht werden könne. Ein Vorschlag des Schlichters, die Löhne um 8 bis 10 Prozent bis zum 30. Juni 1930 herabzusetzen und dann in eine Neuprüfung der Verhältnisse einzutreten, fand ebenfalls keine Zustimmung. Damit waren auch die Schlichtungsverhandlungen ergebnislos verlaufen.

Die Direktion ging nunmehr dazu über, neue Lohn tafeln mit einem 15prozentigen Lohnabzug auf den Werken zum Ausgang zu bringen. Gleichzeitig wurde den Arbeitern das Arbeitsverhältnis zum 31. Mai gekündigt und ein neues zu den von ihr zum Ausgang gebrachten Lohnbedingungen angeboten. Gegen dieses Lohndiktat wendeten sich die Belegschaften und Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Als die Verwaltung bis zum 31. Mai ihr Diktat nicht zurückzog, gaben die Gewerkschaften die Parole aus, unter keinen Umständen zu den von der Mansfeld W.G. veröffentlichten Lohnbedingungen weiter zu arbeiten. Fast die gesamte Belegschaft folgte der Parole der Organisation. Am 2. Juni standen alle Betriebe der Mansfeld W.G. still. Rund 97 Prozent der Arbeiter lehnten durch Arbeitsverweigerung das Lohndiktat der Mansfeld W.G. ab.

Mit einem solchen Resultat hatte die Direktion nicht gerechnet. Sie ließ noch einen Tag vorher erklären, daß mindestens 80 bis 85 Prozent der Arbeiter arbeiten würden. Die Belegschaften ließen sich in dem siebenwöchigen Kampf durch keinerlei Parolen irreführen. So geschlossen, wie sie die Arbeit niederlegten, führten sie den Streik weiter. Alle Versuche der Direktion, einzelne Betriebe in Gang zu bringen, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Selbst das Aufgebot starker Polizeikräfte, die zum Teil rigoros gegen die Streikposten und das Publikum vorgingen, war nicht in der Lage, genügend Streikbrecher in die Betriebe zu bringen. Die wenigen Streikbrecher, die vorhanden waren, setzten sich teilweise aus Betriebsfremden und Unternehmerleuten zusammen. Der Stahlhelm wie auch die Gelben bewiesen auch in diesem Kampfe, daß sie auf Seiten der Unternehmer stehen. In Versammlungen und Flugblättern erklärten sie, daß die Arbeiter die Bedingungen der Mansfeld W.G. annehmen müßten. Sie bildeten die Streikbrechergarden und ließen sich durch starken Polizeischutz in die Betriebe führen. Trotz all dieser Anstrengungen gelang es der Betriebsleitung nur auf der Krug- und Kochhütte, die Verladung der vorräthigen Schlackensteine im geringen Umfange aufzunehmen. Woche um Woche verstrich, ohne daß die Front der Arbeiter ins Wanken kam.

Die Auswirkungen des Streiks für die Gemeinden und Kreise wie auch für die gesamten Gewerbetreibenden waren in finanzieller Hinsicht katastrophal. Die Landräte und Bürgermeister sahen sich deshalb veranlaßt, bei den Berliner Regierungsstellen vorzusprechen, um zu versuchen, eine Beilegung des Lohnkonfliktes zu ermöglichen. Vom Reichsarbeitsministerium wurden infolgedessen Einzelbesprechungen mit den in Frage kommenden Parteien aufgenommen, die sich äußerst schwierig gestalteten. Seit Beginn des Kampfes war infolgedessen eine Veränderung der Lage eingetreten, als eine zweimalige Herabsetzung des Kupferpreises erfolgte. Die Folge dieses abermaligen Preissturzes war, daß die Mansfeld W.G. sich in einer neuen Denkschrift an die Regierung wandte. Sie erklärte darin, daß bei dem jetzigen Preis sich für die Verwaltung nur zwei Möglichkeiten ergeben würden, und zwar entweder die Betriebe bis zum Wiedereintritt besserer Kupferpreise stilllegen zu lassen oder durch die Durchführung eines neuen Notprogramms die Deckung der Fehlbeträge zu ermöglichen. Auf Grund des jetzigen Preises errechnet die Verwaltung einen jährlichen Verlust von 12,6 Mill. M. Da dieser von dem Unternehmen nicht getragen werden könnte, wäre eine Wiederöffnung der Betriebe nur durch Staatshilfe möglich. In dem neuen Notprogramm wurden deshalb außer dem 15prozentigen Lohnabzug noch Subventionen in Höhe von 5,6 Mill. M. gefordert. Die Gewerkschaften lehnten einen 15prozentigen Lohnabzug als für sie untragbar ab. Nach langen Verhandlungen, in denen immer wieder von der Mansfeld W.G. betont wurde, daß unter allen Umständen eine 15prozentige Lohnkürzung erfolgen mußte, machten die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den

Vorschlag, die Löhne um 9 1/2 Prozent zu senken. Die Parteien erklärten sich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden. In den Abschlußverhandlungen am 15. Juli machte die Direktion neue Schwierigkeiten. Sie verlangte, wenn nicht ein 15prozentiger Lohnabzug zugestanden werden könnte, wenigstens einen 12prozentigen Abbau. Darüber hinaus verlangte Mansfeld die Kürzung der übertariflichen Löhne und die Uebernahme des Differenzbetrages bis zu den 15 Prozent durch den Staat. Diese Forderungen lehnten die Gewerkschaften ab. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es, eine Einigung zu erzielen.

Von den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Wiedereinstellungsbedingungen lag bei Redaktionsschluß noch kein endgültiges Ergebnis vor. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß Maßregelungen nicht stattfinden und auch das Arbeitsverhältnis in tariflicher Hinsicht als nicht unterbrochen gilt. Die Arbeiter, die ihren Urlaub für dieses Jahr noch nicht erhalten haben, verzichten in Anbetracht der langen Betriebsunterbrechung darauf und erhalten dafür die entsprechende tarifliche Varentschädigung. Damit sind den Arbeitern alle tariflichen Rechte sichergestellt.

Die in der Lohn tafel vom 1. Mai 1929 festgesetzten Tariflöhne werden zwar um 9,5 Prozent gekürzt, wobei aber die Tariflöhne der Arbeiter über 21 Jahre in keinem Falle 5 M. unterschreiten dürfen.

Diese Lohnregelung läuft bis zum 31. Dezember 1930.

In einer von den Gewerkschaften einberufenen Konferenz sämtlicher Streikleitungen und Vertrauensleute der Tariforganisationen in Helbra nahmen die Funktionäre Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen. Das Vorstandsmitglied Martmöller erstattete den Verhandlungsbericht. Eingehend schilderte er nochmals den Verlauf des Kampfes sowie die Lage, wie sie sich heute darstellt. Im letzten Stadium des Kampfes hat die Frage „Wiederöffnung oder dauernde Stilllegung der Betriebe“ eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Bei einem Kupferpreis von 110 M. pro 100 Kg. lehnte es die Mansfeld W.G. ab, die Betriebe wieder zu öffnen. Nur unter Berücksichtigung der Lage auf dem Kupfermarkt könne man sich mit dem Verhandlungsergebnis abfinden. Das Ergebnis selbst befriedige niemanden. In einer ausgiebigen, aber sachlichen Diskussion nahmen die Funktionäre Stellung zu dem Bericht und betonten übereinstimmend, daß das Ergebnis keinesfalls befriedige. Da aber nach Lage der Sache eine günstigere Regelung kaum zu erwarten sei, müsse dem Vorschlag zugestimmt werden. Die Konferenz beschloß nach dem Schlußwort von Martmöller, den Vorschlag anzunehmen.

Eine sachliche Würdigung des vierwöchigen Kampfes ist nur möglich unter Berücksichtigung der veränderten Situation.

Das Lohndiktat der Mansfeld W.G. konnte durch die Geschlossenheit der Arbeiter zurückgewiesen werden.

Sie hat ihren Willen nicht durchsetzen können. Leider war es nicht möglich, überhaupt jeden Lohnabzug zu verhindern. Die erneuten Preisrückgänge auf dem Kupfermarkt verschlechterten die Lage derart, daß die Mansfeld W.G. der Regierung erklären konnte: „Wenn du mir nicht hilfst, dann bleiben die Betriebe geschlossen.“ Die Finanzminister machten aber die Hilfeleistung abhängig von einer gleichzeitig zu erfolgenden Lohnkürzung. Die Gewerkschaften waren deshalb vor die Frage gestellt, eine Lohnsenkung in Kauf zu nehmen und damit eine Wiederöffnung der Betriebe zu ermöglichen, oder weiter den Standpunkt zu vertreten, keinem Lohnabzug zuzustimmen. Das letztere bedeutete nach den mündlichen und schriftlichen Erklärungen der Mansfeld W.G. die Stilllegung der Betriebe bis zum Eintreten besserer Preisverhältnisse. Daß die Entscheidung der Gewerkschaften, den ersten Weg zu beschreiten, richtig war, beweist der Beschluß der Funktionärkonferenz. Der Ausgang dieses Kampfes ist ein vollkommener Sieg der Arbeiter. Die Arbeiter und Gewerkschaften gehen jedoch ungeschwächt und geschlossen daraus hervor. Sie haben bewiesen, daß sie ohne Kampf keinen Lohnabbau hinnehmen. Insofern ist der so glänzend geführte Kampf nicht vergebens gewesen. Die Mansfeld W.G. hat einsehen müssen, daß sie ihren Kopf nicht durchsetzen konnte.

Die Annahme, daß es besser gewesen wäre, den Vorschlag des Schlichters anzunehmen, ist grundfalsch. Selbst wenn die Gewerkschaften diesem Vorschlag zugestimmt hätten, wäre eine Verbindlichkeitsklärung sehr fraglich gewesen, da die Mansfeld W.G. 15 Prozent Lohnabzug verlangte. Aber selbst dann, wenn eine Verbindlichkeitsklärung erfolgt wäre, hätte dieselbe nur eine Laufdauer bis zum 30. Juni d. J. Die Mansfeld W.G. hätte am 1. Juli infolge der neuen Preissturze sofort eine neue Forderung auf Lohnabbau gestellt, so daß es auch dann zum Kampfe gekommen wäre. Es gilt vielmehr, jetzt nach Wiederanfuhr der Arbeit den Verband weiter auszubauen und zu stärken, um bei günstigerer Wirtschaftslage und besseren Preisverhältnissen den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erneut aufzunehmen.

Die unrühmlichste Rolle in diesem Lohnkampf haben wie immer die Kommunisten gespielt. Schon am Anfang der Bewegung, als noch ein Tarifverhältnis bestand, verführten sie die Belegschaften zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Nachdem die Gewerkschaften die Parole zur Arbeitsniederlegung herausgegeben hatten und die örtlichen Streikleitungen gebildet waren wählten die Kommunisten in verschiedenen Orten sogenannte

„revolutionäre Kampfsetzungen der Gewerkschaftsopposition“... In den letzteren tummelten sich fremde Agitatoren, Arbeitslose und Frauen nach Herzenslust.

Die Einstellung der Streikenden durch die Befolgung der Anweisungen der Gewerkschaften beweist besser als alles andere, wer die Führung in diesem Kampfe befaß.

Aus dem Ruhrgebiet.

Ein dankbares Mitglied.

Wir erhielten folgende Zuschrift: „An die Zahlstelle des Bergbauindustriearbeiterverbandes Essen-Haarzopf.“

In Anbetracht des Verdienstes, das sich der Bergbauindustriearbeiterverband durch das Eintreten dafür, daß Staub- und Lärmvergiftung als Unfall anerkannt wird, erworben hat, wodurch weitestgehend die wirtschaftliche Lage der davon Betroffenen etwas gebessert wird, spreche ich dem Bergbauindustriearbeiterverband meinen wärmsten Dank aus.

Mit kameradschaftlichem Gruß! Wilhelm Hielen (S.-Nr. 55 726).

In Anbetracht obigen Schreibens und in Anbetracht dessen, daß es mir vergönnt gewesen ist, 25 Jahre Mitglied der Zahlstelle Essen-Haarzopf gewesen zu sein, übergebe ich hiermit derselben 50 M. zu Bibliothekszwecken.

Wieliecht können daraus einzelne prinzipielle Kritiker lernen. Kamerad Hielen weiß jedenfalls, wie es in der Zeit war, in der er noch nicht als Mitglied unserem Verbands angehörte, und er empfindet es deshalb sehr richtig, daß die Wandlung seit jener Zeit nicht von selbst gekommen ist, sondern nur dem organisierten Wirken des Verbandes gedankt werden muß.

So leben sie aus

nämlich diejenigen, die den Kommunisten Recht geben. Wir erhielten am 13. Juli von Herne eine Postkarte, deren Inhalt wir wortgetreu mit allen orthographischen Fehlern wiedergeben: „Herne, den 13. 7. 30. Ihr Halunken von der Redaktion. So eben habe ich die Zeitung von unserem Verband erhalten,

ich bin Mitglied des alten Verbandes. Gebt mir die Antwort, wie kann das im Lande gut gehen, wenn hier so viel Dabälge am vressen hatten wollen? Ich bin zu überzeugung gekommen wenn man sich den neuesten gelehrtischen Hundstagsvorschlag das die Kommunisten recht haben. Hier müßen die Nichtstuer alle an die Wand stehlen und restlos austrohen. So wie die Sozialdemokraten arbeiten, das ist kein Unterschied zwischen Zentrum. Wenn ich von der Zeche weg bin werde ich mein Namen nenan aber so traube ich auch nicht wenn Ihr mein Name wißt so bin ich von der Zeche erledigt. Ich werde mich stricken lassen auch Halunken am vressen halten? Das ist zur erwidern auf die Nummer 28 v. 12. Juli 1930. Name folgt wenn ich nicht mer am arbeiten bin, jeh bin noch beschäftigt.“

Kommentar überflüssig!

BÜCHER

Wer hat den Rhein befreit? Die aufgebehten jungen Leute, die jetzt an ehemaligen Separatisten ihr Mitleiden fühlen wollen, geben uns ein Vorzeichen nationalstischer Befreiermethoden. Wie lange wird es dauern, bis die „nationalen“ Parteien die Rheinlandsbefreiung in ihr Verdienst umklagen werden? Es ist sehr zu begrüßen, daß der „Vorwärts“-Redakteur Victor Schiff als guter Kenner der Außenpolitik seit dem Kriege frühzeitig den Kampf gegen diese vorauszuhehnde Legendenbildung aufnimmt mit einer Broschüre: „Wer hat den Rhein befreit?“ Das Schriftchen ist für 25 Pf. in jeder Volksbuchhandlung zu haben und unseren Lesern durchaus zu empfehlen.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Altenessen II. Am 12. Juni starb unser lieber Kamerad Karl Deubner im Alter von 51 Jahren. Mehrere Jahre war er zweiter Vertrauensmann unserer Zahlstelle, bis ihn Krankheit in der Familie zwang, von diesem Posten zurückzutreten. Trotzdem war er immer dabei, wenn es galt, für unseren Verband zu arbeiten und zu agitieren. Uns ist er leider zu früh gestorben. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Zahlstelle Berghofen. In den Monaten Mai und Juni verlor die Zahlstelle zwei alte langjährige Kämpfer der Organisation. Wilhelm Maier gehörte 28 Jahre und Julius Vessing 24 Jahre treu dem Verbands an. Wir verlieren in ihnen ein paar eifrige Kämpfer des Verbandes. Die Zahlstelle wird ihr Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Bergtamen. Am 24. Juni starb unser lieber Kamerad August Tschorn im Alter von 45 Jahren. Im vorigen Jahre war es ihm noch vergönnt, sein 25jähriges Verbandsjubiläum zu feiern. Während dieser langen Zeit hat er stets vorbildlich für den Verband gewirkt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Kranp. Am 30. Mai starb im Alter von 48 Jahren unser Kamerad Gustav Wallat. Er war uns allen ein guter, treuer Kamerad und ein eifriges Mitglied in unserer Bewegung. Die Zahlstelle wird seiner stets in Ehren gedenken!

Zahlstelle Lauenstein. Am 3. Juli starb unser Verbandskamerad Lorenz Opel im Alter von 52 Jahren. Er war seit 25 Jahren Mitglied und hat sich während dieser Zeit viel Freundschaft unter den Verbandskameraden erworben. Stets war er ein treuer Mitkämpfer für unsere Sache. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Morsbach. Am 9. Juni starb unser treues Mitglied Johann Witz folge Steinstaublunge. Kamerad Witz

war Mitbegründer unserer Zahlstelle und hat 11 Jahre unserem Verbands die Treue gehalten. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Schmidtthorf. Am 9. Juli verstarb der Kamerad Tiller im Alter von 49 Jahren nach langem schweren Lungen- und Magenleiden, welches er sich im Weltkrieg zugezogen hat. 22 Jahre war er Mitglied unseres Verbandes und wirkte stets freudig für unsere Sache. Wir verlieren in ihm einen treuen und aufrichtigen Kameraden, dem wir stets ein gutes Andenken bewahren werden!

Zahlstelle Steinbach II (Saar). Am 7. Juni entschied sich nach langem Leiden unser Untertassierer Richard R a u m a n n. Er war der Zahlstelle ein ziel- und pflichtbewußter Kamerad. Wir werden seiner ehrend gedenken!

Zahlstelle Bierbergen. Nach kurzem Krankenlager starb am 5. Juli unser Mitglied Otto Bode im Alter von 59 Jahren. Er gehörte seit dem 1. Dezember 1918 dem Verband als Mitglied an und war stets ein eifriger Mitstreiter unserer Bewegung. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Verbandsnachrichten

Die Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Berlin

beginnt am 1. Oktober d. J. den neuen Fernunterrichtslehrgang 1930/31. Derselbe erstreckt sich über die Gebiete der Volkswirtschaft und der Staatsbürgerkunde. Er läuft vom 1. Oktober 1930 bis zum 30. September 1931. In jedem Monat ist eine schriftliche Arbeit anzufertigen. Die Aufnahmegebühr beträgt 1 M., die monatliche Teilnehmergebühr 2 M. Erwerbslose sind von dieser Zahlung frei.

Die an diesem Fernunterricht interessierten Kameraden wollen ihre Bewerbung umgehend an die Bildungsabteilung der Hauptverwaltung richten.

Adressenveränderungen.

Die Adresse für den Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands sowie die Adresse für die Hauptverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands lautet jetzt: Hannover M, Rathenauplatz 3, Fernsprecher Nr. 228 41 und 228 42.

Distraße. Der Kassierer der Zahlstelle ist von Schweidnitzerstraße 10 nach Hauptstraße 7 a umgezogen. Meldungen für Krankheits- und Arbeitslosenunterstützung, sowie Auszahlung der genannten Unterstützungen jeden Sonnabend.

Auszahlung von Unterstützungen.

Essen-Borbed. Erwerbslosen-, Kranken- und Kurzarbeiterunterstützung wird jetzt am letzten Sonntag jeden Monats bei Mellis, Weidkamp 82, ausbezahlt. Entsprechende Anträge sind acht Tage vorher zu stellen.

Ickern I. Unterstützungen werden jeden vierten Sonntag im Monat ausgezahlt. Jeden dritten Sonntag im Monat muß bei dem Kassierer Karl Ripper, Caftrop-Rauzel 4, Windestr. 23, das Mitgliedsbuch abgegeben werden.

Bücherrevision.

Geschäftsstelle Gelsenkirchen. Vom 27. Juli bis 2. August findet in den Zahlstellen Eppendorf, Günnigfeld, Höntrop, Leithe, Seninghausen, Wattenscheid I, Wattenscheid II und Westfeld eine Bücherrevision statt. Bücher bereit halten!

Unter Tage

ein guter Begleiter ist der würdige und billige

GEG

Kautabak

aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten

In Pulen Stangen Bündeln und Hufeisenform

nur im Konsumverein

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-reellstes christliches Haus!



Wenzel Frennuth, Deschenitz 138 Böhmen

Käse billiger

Best. Käse (Brothers) - 9 Pf. 2.23

Esmer Art rot (1/2 Teil) - 9 Pf. 2.23

Best. Käse (Brothers) - 9 Pf. 2.23

Best. Käse (Brothers) - 9 Pf. 2.23

Best. Käse (Brothers) - 9 Pf. 2.23

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klöse

Reklamepreis! Nur 4 M.



Uhren-Klöse, Berlin SW 29 (28), Zossener Str. 8.

Für die Zahlstellen

und unsere Mitglieder empfehlen wir in bester Qualität zu niedrigen Preisen:

- Lederzeitungstaschen 6.00 Mtl.
Lederzeitschreib 1.00
Unterfasser-Markennappen 1.25
Kassierer-Ringklänge 1.25
Kassierer-Markennappen 2.50
Große Mitteilungen, Hindeleder 3.50
Kleine Mitteilungen, Hindeleder 6.00

Bestellungen, mit Zahlstellenstempel versehen, bitte sofort an

H. Hansmann & Co., Bochum

Deutsche Wirtschaftsstunde

Ein statistisches Volksbuch

400 Seiten gewandelter Text, 78 Tabellen

Bestellungen, mit Zahlstellenstempel versehen, an H. Hansmann & Co., Bochum

Lungen- und Asthmapatienten!

Silvana-Tea-Vertrieb Augsburg 3621

Betten aus dichten Bett-Inlett

Table with 3 columns: Oberbett mit 7 Pfund, Unterbett mit 6 Pfund, 1 Kissen mit 2 1/2 Pfund, Vollständiges Bett, Bettfedern, Halbdunen, Dunen

Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachnahme. Bettfabrik H. Müller, Kassel 37, Münchbergstr. 8 1/2

Heeresgut

- Behördenwaren usw., gut erhalten
Socken, Reinw., 3 Paar 1,30, 0,90
Unterhosen 1,20, 0,80, 0,68
Dreilack o. Hos. je 1,90, 1,30, 0,98
Tuch-Hosen, Hgr. u. schw. 6,25, 4,80
Wanzenstr. 11,80, kl. 5,25, 3,65
Radfahrermantel, b. Knie 1,10, 0,84
Wickelgarnsch. (neu 2,45), 0,92, 0,48
Schulrucksack, Neusohle 6,80, 5,90
Gehäuseschulrucksack, Neusohle 7,30
Schulstiefel, (Neusohle 11,05) 8,90
Kavalleristiefel (Neusohle 13,90) 8,75
Schliff-, Füllschuhe 1,80, 1,30
Kopfschm. gr. 7,80, 5,90
Bettfedern blau-weiß 3,30, 2,85
Kopfkissenbezüge, bl.-weiß 1,20, 0,80

Neufabrikate, teilweise Heeresgut

Deutsche Lederwaren-fabrik Berlin 297 Rosenthaler Str. 38

Sächsische Bettfedern

Fabrik Paul Hoyer, Deitzsch 70

sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten

Existenz

Durch Anfertigung einer Motor-Bandage zum Betrieb von Maschinen

Zigarettenpapier

Beste und gibt einen ausführlichen Bericht über den Stand der Organisation

Verlangen Sie kostenlose Zusendung

unseres Schlußkataloges! Sie finden wirklich günstige Kaufgelegenheiten.

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten.

1 Stilo graue gefüllte, 2. Stilo, hinföckige 2., weiße 5., bessere 6., 7., dannenweiße 8., 10., beste Sorte 12., 14., 16. Gm.

Ungeschliffene Kuppfedern Gm. 7,50, bessere Gm. 9,50, beste Sorte 11 Gm.

Verlangt portofrei, sofort gegen Nachnahme. Käufer frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet

Benedikt Sahljel, Lobes 209 bei Pflzen in Böhmen.

Ab Fabrik

Harmonikas von 180 M. an.

Violinen von 5.- M. an. Uhren von 2,50 M. an. Ernst Hess Nachf., Klingenthal Sa. 77

EDEL-KANARIEN

wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. 10.- Mark und höher. Vorsänger, Zuchtpaare, Käfige, Futter, Vogelärztl. Hochinteressante Preisliste mit wertvollen Anregungen kostenlos.

Das Jahrbuch 1929

Besteht und gibt einen ausführlichen Bericht über den Stand der Organisation

Neuer großer Fang! Alles franco!

100 Dtl. Salzheringe

ff. Kronenheringe, größte beste Qualität, 6.00 M., 200 St. 11.00 M., 300 St. 16.00 M., 50 Pf. 10.00 M. u. 75 Dtl. ob. Brather. 6.00 M.

Heinr. Degener, Ostseefischerel, Export, Konservfabrik v. 1881, Swinemünde 11.

Musikinstrumente zu herabgesetzten Preisen

Wolf & Comp., Klingenthal Sa. 687

Reispressfütter füttert wie Milch

vorzügliches, billiges Voll- und Weizenfütter für Kühe, Schafe und Hindern

Herrenstoffe

La. Qual., sehr günstig, durch Fabrik. Fern. Schneider, Greig. Spez. mod. Kammergarn-Anzugstoffe, blaue und schwarze Tweed pp. Vorlieber nur geg. prompte Aufträge. Nähere Angabe erbeten

Gummi

gutes Gummi, Preis B.3. gratis. Neutrafer Versand. „Medicus“ Berlin SW68

Hummel-Foto

BERLIN NW 677